Nr. 4 / 21. Jahrgang — Köln, den 11. Februar 1933

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Erscheint alle 14 Tage.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 RM.
Anzeigen: Die dreigespaltene mm-Zeile 0.15 RM.

Hauptgeschäftsstelle:
Köln a. Rh., Jülicher Straße 27 · Fernsprecher 212262
Redaktionsschluß: Montags vor Erscheinen

Silbernes Dienstjubiläum unseres Hauptkassierers

Am 22. Februar dieses Jahres sind 25 Jahre verflossen, seit Kollege Fritz Krumbé hauptamtlich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig ist. Der Jubilar, geboren am 31. März 1876 in Büchel im Bezirk Köln, war armer Leute Kind. Sein Wunsch, ein Handwerk zu erlernen, konnte nicht erfüllt werden. Er mußte als ungelernter Arbeiter sofort ins Erwerbsleben hinaus und bekam hier recht früh einen Einblick in die rechtlose Lage der deutschen Arbeiterschaft.

Vor seiner Anstellung im Verband war er zehn Jahre als Schaffner bei der Kölner Straßenbahn tätig gewesen. An der Gründung der Ortsgruppe Köln der Straßenbahner (christliche Gewerkschaft) im Jahre 1905 hatte er sich führend beteiligt. Nach seiner Anstellung im Verband versah er in Köln den Posten eines Hauskassierers. Diese Tätigkeit benutzte er, um eifrig in der Werbearbeit, namentlich im Versammlungswesen mitzuwirken. Im Jahre 1911 berief ihn der Verbandsvorstand nach Frankfurt am Main zur Vertretung des erkrankten Bezirksleiters Kempf, nach dessen Tode ihm die Bezirksleitung übertragen wurde. Als am 1. Januar 1913 eine Aufteilung des Verbandes stattfand, kam Kollege Krumbé zu dem neugebildeten Verbande für die Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, der ihm die Stelle des Bezirksleiters für Rheinland und Westfalen übertrug. Auf Wunsch des Zentralvorstandes siedelte er im Jahre 1917 nach Essen über, zwecks intensiverer Bearbeitung des Industriegebietes. Die Frucht dieser Arbeit zeigte sich nach Beendigung des Krieges, wo auch im Industriegebiet die Mitgliederzahl des Verbandes einen mächtigen Zuwachs erfuhr. In den nachfolgenden Monaten war die Organisationsarbeit wie die Organisationen selbst durch die Herrschaft der Spartakiden und die von ihnen angezettelten vielen wilden Streiks stark gefährdet. Das stellte an die Umsicht und Tatkraft der Organisationsleitungen größte Anforderungen. Beides war Kollegen Krumbé eigen und so gelang es auch, über die Schwierigkeiten glatt hinwegzukommen. Erwähnung verdient hierbei noch, daß es im Februar 1919 erstmals gelang, in Essen einen Tarifvertrag für die dortigen Straßenbahnen abzuschließen, an dem neben den freien Gewerkschaften unser Verband maßgeblich beteiligt war. Die ungeahnte Aufwärtsentwicklung im Verbande machte bald die Anstellung eines besoldeten Hauptkassierers erforderlich. Auf diesen Posten wurde im Juli 1919 Kollege Krumbé berufen, den er seit dieser Zeit mit der größten Gewissenhaftigkeit bekleidet. Noch der letzte Verbandstag in Karlsruhe, im September 1932, hat ihn einmütig wiedergewählt.

Heute gratulieren wir ihm zu seinem Ehrentag und wünschen, daß ihm noch viele Jahre treuen Schaffens an dieser Stelle vergönnt sein mögen.

Gegen soziale und politische Reaktion!

Gegen jede Entrechtung der Arbeitnehmer. Rüstet zum Kampf für eine gute Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein Aufruf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Reichspräsident von Hindenburg hat mitten in der schweren Krise, die auf dem deutsche Volke lastet, eine folgenschwere Entscheidung getroffen. Beeinflußt von nichtverantwortlichen Ratgebern hat er der Regierung Schleicher das Vertrauen entzogen.

Die sich anbahnende Volksverbundenheit der Regierung Schleicher, ihr Festhalten an der Verfassung, ihr erfolgreiches Bemühen, die von der Regierung Papen verursachten Störungen zu überwinden, zog ihr die Feindschaft der Reaktion um Hugenberg und Papen zu. Die Behandlung des Osthilfeskandals und die vor allem von den Nationalsozialisten gefürchtete Reichstagsauflösung und nachfolgende Neuwahl verstärkten die Feindschaft gegen den „sozialen General". Er mußte fallen. Der politischen Betriebsamkeit von Papens gelang es, die nationalsozialistische „Arbeiterpartei" und die soziale und politische Reaktion, die sich noch gestern lärmend bekämpften, zusammenzuführen.

Politischer Machthunger der Nationalsozialisten, Subventionsgier und Herrschaftsdünkel ostelbischer Großagrarier, die arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Gesinnung Hugenbergs fanden sich zum Bunde gegen den sozialen Willen des verfassungstreuen deutschen Volkes.

Hindenburg hat das Kabinett der Harzburger Front, der Front der Gegner seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten, unter Hitlers Führung bestätigt.

Der volks- und arbeiterfeindliche Wille der Hugenberg und Papen werden den Regierungskurs bestimmen. Die Arbeiterschaft, die Arbeitslosen, die Sozial- und Kleinrentner, das werktätige Volk in Stadt und Land sollen wiederum die Leidtragenden sein.

Die Gefahr des unversöhnlichen Auseinanderbrechens des deutschen Volkes ist da.

Christliche Gewerkschaftler, Kameraden der Arbeit, damit steht die deutsche Arbeiterschaft vor neuem schweren Kampf. Es wird ein bitterer und schwerer Kampf sein. Ein Kampf um Menschenrechte und Menschenwürde, um Arbeit und Brot.

Rüstet euch für diesen Kampf!

Kein aufrechter Arbeiter darf mehr abseits stehen.

Arbeitende und arbeitslose Kameraden, ruft den letzten Mann auf, daß er sich zur Gewerkschaft, zu seiner Kampforganisation bekenne.

Die christlichen Gewerkschaften stehen mit ihrer ganzen Kraft für eure Rechte. Stärkt die gewerkschaftliche Macht!

Für die freie deutsche Arbeiterschaft!
Für eine soziale Volksfront!
Für die Unantastbarkeit der Verfassung!
Für ein aufrechtes Volksdeutschland!

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

„Nationale Konzentration"

Das deutsche Volk geht seinen Leidensweg weiter. Kaum, daß sich die ersten Anzeichen für eine Besserung der Wirtschaftslage bemerkbar machen, befürchtet die Junkerkaste, die Arbeitnehmerschaft könne sich wieder den gerechten Anteil am Ertrage der Wirtschaft sichern, könne sich wieder jenen Einfluß im öffentlichen und politischen Leben verschaffen, der ihrer Bedeutung für Wirtschaft, Gesellschaft und Nation entspricht. Dem soll vorgebeugt werden. Zu diesem Zwecke wird alles zu diffamieren versucht was die deutsche Arbeitnehmerschaft zurückfordert, um als gleichberechtigter Stand am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Nation teilnehmen zu können.

Die Junkerkaste konnte den Sturz der Regierung Papen nicht verwinden, am wenigsten den Versuch des sozialen Generals als Reichskanzler auch der Arbeiterschaft wieder Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Aufhebung der unsozialsten Bestimmungen der Papen-Verordnungen zur Zerschlagung der Sozialversicherung und des Arbeits- und Tarifrechts, die, wenn auch geringe Erhöhung der Unterstützungssätze, die Anbahnung einer Volksverbundenheit ließ die Herrenmenschen nicht ruhen. Als gar die Regierung Schleicher es duldete, daß der Osthilfeskandal zum Gegenstande einer Untersuchung gemacht wurde, fand sich der politische Machthunger der Nationalsozialisten, die Subventionsgier und der Herrschaftsdünkel ostelbischer Großagrarier, die arbeiter-, sozial- und gewerkschaftsfeindliche Gesinnung der Hugenbergianer zu einem Bunde der „nationalen Konzentration" gegen die deutsche Arbeitnehmerschaft zusammen.

Reichspräsident von Hindenburg, anscheinend von allen guten Geistern verlassen, beeinflußt von unverantwortlichen Ratgebern, gab die politische Macht in Hände jener Leute, die sich bei der Präsidentenwahl als seine Gegner zusammengefunden hatten. Die Angst vor Neuwahlen, vor einem Volksgericht über Osthilfeskandal, über Bestrebungen nach einem Verfassungsbruch führte zur Entlassung der Regierung Schleicher, zur Ernennung einer Regierung, in der sich neben den Nationalsozialisten, die Vertreter des Junkertums, des Scharfmachertums, der schärfsten sozialen und politischen Reaktion ein Stelldichein gegeben haben.

Oberscharfmacher Hugenberg, der erbittertste Gegner einer freien, unabhängigen Arbeiterbewegung und einer gesetzlichen Sozialpolitik als Wirtschaftsminister, ein Seldte, schärfster Vertreter des militärischen Systems auch im Wirtschafts- und Sozialleben, als Reichsarbeitsminister, und ein von Papen als Vizekanzler, der sozialpolitisch sich selbst am besten durch seine Forderung nach Beseitigung des Wohlfahrtsstaates für die Arbeitnehmer gekennzeichnet hat. Daneben Hitler als Reichskanzler, leider immer noch für Millionen Deutsche die größte Hoffnung, aber sozialpolitisch in diesem Kabinett die große Null, abhängig von einem Papen und Hugenberg. O, Ironie des Schicksals, ein Sozialist, wenn auch nur Nationalsozialist, Führer der deutschen Reichsregierung, in seiner Sozialpolitik geleitet und abhängig von den größten Scharfmachern in Industrie- und Landwirtschaft.

Die erste „sozialpolitische" Tat dieser Gesellschaft ist die Zerschlagung des Reichsarbeitsministeriums. Die Arbeitsrechtabteilung, die wichtigste Abteilung des Ministeriums, in der insbesondere die Lohn- und Tariffragen bearbeitet wurden, ist dem Wirtschaftsministerium, also dem Herrn Hugenberg, dem größten Scharfmacher, übertragen wor-

den. Dem verdienstvollen Staatssekretär Dr. Grieser, diesem wahrhaft sozial denkenden Menschen, diesem Kenner der deutschen Sozialpolitik wie kein anderer, wurde der Stuhl vor die Türe gesetzt. An dessen Stelle tritt ein Hauptmann, der bisherige Adjutant Seldtes. Was noch mit einem Tropfen sozialen Oels gesalbt ist, dafür gibt es keinen Platz mehr im ersten deutschen Sozialministerium.

Nach den Worten und Taten der neuen Männer zu urteilen, wird die Parole, nach der nunmehr in Deutschland Sozialpolitik gemacht wird, lauten: die Arbeiterschaft hat zu schuften, zu gehorchen, das Maul zu halten, soll dankbar sein, wenn ihr soviel gegeben wird, daß sie nicht buchstäblich verhungert. Staatliche Sozialpolitik gilt nur den Großagrariern, Junkern und den übrigen Kapitalisten. Schluß muß gemacht werden mit der Erziehung der deutschen Arbeiterjugend zu freien Staatsbürgern, zu selbstbewußten Gewerkschaftlern. Her mit der Arbeitsdienstpflicht, wo dem jungen Arbeiter schon der Rest des Selbstbewußtseins ausgetrieben, unter dem Vormunde der nationalen Erziehung mal wieder zum Bewußtsein gebracht werden soll, daß er nur dazu da ist, für andere wirtschaftliche Werte zu schaffen, sich in seiner Lebenshaltung von den Brosamen zu nähren, die vom Herrentische fallen.

Wir verstehen, wenn ob dieser Vorgänge, bei dem noch denkenden selbstbewußten Teile der deutschen Arbeiterschaft der innere Mensch zum knirschen gebracht wird. Wenn seine Treue und Liebe zum Vaterland, seine Opfer an Gut und Blut im Kriege, in der Besatzungszeit, seine Opfer und Entbehrungen während der Wirtschaftskrise nunmehr mit dem Vorwurfe, für die „nationale Gemeinschaft" nicht würdig zu sein, belohnt wird. Es scheint fast als wenn von den neuen Herren mit Absicht die deutsche Arbeiterschaft wieder in eine Oppositionsstellung zum Staate gebracht werden soll, um sie dann „des vaterlandslosen Gesellen" zeihen zu können. Dieser teuflische Plan der Scharfmacher wird nicht gelingen. Je brutaler dieses Herrenmenschentum vorgeht, um so fester werden wir uns um unsere politischen und gewerkschaftlichen Führer scharen. Um so mehr aber auch den letzten Arbeits- und Berufskollegen aufzuklären suchen, über die Pariarolle die unserem Stande und Berufe in diesem neuen Reiche zugedacht ist. Nunmehr gilt es insbesondere die Anhänger des Hitler vor Augen zu führen, wie diese der gesamten Arbeiterschaft unwürdige Behandlung sich mit dem Programm der Partei, mit ihren sozialen Versprechungen vereinbaren läßt. Wie insbesondere eine Regierung Hitler, die sozialpolitisch unter der Führung der Hugenberg-Papen-Seldte, diesen Verächtern der Menschen- und Staatsbürgerrechte der Arbeiterschaft steht, sich vereinbaren läßt mit all den Versprechungen, die seitens der Nazipartei immer gemacht wurden, um sich den Einfluß und die politische Macht zu sichern.

Ist in der Zerschlagung des Arbeitsministeriums, der Duldung der Osthilfeskandale, der Verwirklichung der sozialreaktionären Pläne Hugenbergs und von Papens die Erfüllung der ureigensten sozialen Forderungen des Nationalsozialismus zu erblicken, oder wird diese soziale Zerstörungsarbeit nur geduldet, um dem politischen Machthunger einzelner Menschen, die sich Führer wähnen, auf ihre Rechnung kommen zu lassen? Klar und eindeutig müssen in den Betrieben, auf den Arbeitsstätten, in Versammlungen und Sitzungen diese Fragen an die Nazis gestellt werden. Endlich muß hierauf eine klare Antwort werden.

Die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft Deutschlands ist schon in der Vergangenheit mit Zuchthausvorlagen fertig geworden. Hat den gesellschaftlichen und sozialen Aufstieg erzwungen. Hat sich die politische Gleichberechtigung, das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft erkämpft, gegen starke Gegenkräfte und politisch einflußreiche Menschen und Stände durchgesetzt, denen gegenüber ein Hitler, Papen, Hugenberg und Seldte wirklich kleine Epigonen sind. Sie wird sich auch jetzt wieder durchsetzen, da das Recht, diese stärkste Waffe, nur auf ihrer Seite ist.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland wird sie den Kampf um Recht und Gerechtigkeit führen gegen all die volksfeindlichen Kräfte, die angeblich gegen den Marxismus, in Wirklichkeit aber gegen soziale Gerechtigkeit kämpfen und damit sich tatsächlich immer mehr als Förderer des Bolschewismus erweisen.

Reichsarbeitsminister Franz Seldte

Auf dem Düsseldorfer Kongreß der christlichen Gewerkschaften ist der damalige Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer in einer Art empfangen worden, die ihn gewiß nicht im Zweifel darüber gelassen hat, inwieweit er mit dem Vertrauen respektive Mißtrauen der Arbeiterschaft zu rechnen hatte. Und wenn der jetzige Minister Seldte auf einer gewerkschaftlichen Tagung erscheinen sollte, würde der Empfang noch eine gute Portion eisiger sein. Um es klar auszusprechen, dem Minister für Arbeit, Seldte, wird seitens 95 Prozent der organisierten Arbeiterschaft das schärfste Mißtrauen entgegengebracht. Ein Mißtrauen, welches sich nicht begründet auf parteipolitische Voreingenommenheit, sondern auf Tatsachen, auf Handlungen des Ministers selbst. Nicht gegen seinen Willen kann das Arbeitsministerium so verstümmelt worden sein, wie es tatsächlich geschehen ist. Wer als Reichsarbeitsminister sich die wichtigsten Fragen über Lohn- und Tarifvertrag aus der Hand nehmen läßt, diese einem Manne wie Hugenberg überantwortet, dem kann kein echtes soziales Empfinden eigen sein. Der ist sich der Verantwortung für die soziale Entwicklung die in erster Linie der Reichsarbeitsminister zu tragen hat, nicht bewußt.

Hugenberg hat sich schon während seiner Tätigkeit in der Industrie und später als Parteivorsitzender als der erbittertste Gegner der Tarifverträge und insbesondere der staatlichen Verbindlichkeitserklärung und der Arbeiterbewegung überhaupt gezeigt. Ein Reichsarbeitsminister, der einem solchen Scharfmacher das Tarifrecht ausliefert, kann unmöglich als der Hüter der Arbeiterrechte und damit des sozialen Friedens angesehen werden.

Wer des weiteren seine Ministertätigkeit damit beginnt, um die deutsche soziale Entwicklung verdienstvolle Männer, wie Staatssekretär Dr. Grieser, den Stuhl vor die Türe zu setzen, an dessen Stelle Männer mit Kürassierstiefel in die Sozialverwaltung des Reiches beruft, bekundet damit einen erschreckenden Mangel an Taktgefühl und Einfühlungsvermögen in die schweren Aufgaben eines Reichsarbeitsministers.

Seldte ist der organisierten Arbeiterschaft auch sonst kein Unbekannter. Als Förderer von Gewerkschaftsersatz, der Stahlheim-Selbsthilfe, ist er uns als Gegner einer freien unabhängigen Gewerkschaftsbewegung zur Genüge bekannt. Ist uns bekannt als Freund der sogenannten wirtschaftsfriedlichen Verbände, der gelben Gewerkschaften, dieser Schmarotzerpflanze, von seinem Freunde Hugenberg gefördert und unterstützt, um den freien unabhängigen Arbeiter im sozialen Kampfe das Rückgrat zu brechen. Als einer der ersten „Taten" des neuen Reichsarbeitsministers ist daher wohl die Zuerkennung der Tariffähigkeit an die gelben Vereine zu erwarten.

Wie dem aber auch immer sei. Die deutschen Gewerkschaften sind niemals Protektionskinder gewesen. Sie haben sich im Kampfe um das Recht gegen alle Schikanen und Hemmnisse seitens der Staatsbürokratie, der Scharfmacher und auch einer ihnen feindlichen Stimmung in der Reichsregierung mehr wie einmal durchgesetzt. Werden daher auch jetzt gegen Hugenberg, Seldte und Comp. sich durchzusetzen wissen. Zumal heute in ganz anderem Umfange die öffentliche Meinung, freie Berufe und selbst ein Teil der Arbeitgeber die Bedeutung einer freien unabhängigen Arbeiterbewegung für eine gesunde soziale und wirtschaftliche Entwicklung schätzen gelernt haben.

Wir empfangen daher den neuen Reichsarbeitsminister mit einem wohlbegründeten Mißtrauen. Einem Mißtrauen, wie es bisher in diesem Umfange noch keinem deutschen Minister entgegengebracht worden ist.

Unsere Aufgabe als christlich nationale Gewerkschaften aber wird es nun besonders sein müssen, die durch das neue Regierungssystem geförderte Entfremdung der Arbeiterschaft vom Staate und der Volksgemeinschaft entgegenzuarbeiten. Der innerlich gesunde Sinn der deutschen Arbeiterschaft wird auch diese Gefahr zu bannen wissen.

Aufruf zur Betriebsrätewahl 1933

NACH ZWEIJÄHRIGER PAUSE WERDEN IN DEN KOMMENDEN WOCHEN DIE NEUWAHLEN ZU DEN BETRIEBSVERTRETUNGEN IN DEN MEISTEN DEUTSCHEN BETRIEBEN GETÄTIGT.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
ruft die christlich-nationale Arbeiterschaft auf, diese wirtschaftlich und gewerkschaftlich besonders wichtigen Wahlen sowohl mit der gebotenen und für den Gewerkschaftler selbstverständlichen Sorgfalt als auch mit dem notwendigen Eifer vorzubereiten und durchzuführen.

KAMPF DEN SCHADLINGEN DES BETRIEBSRATEGEDANKENS!

Die Radikalen links und rechts wollen die Betriebsräte zum Schauplatz ihrer parteipolitischen Kämpfe benutzen. Die Betriebsvertretungen sind Organe der Wirtschaftsverfassung. Ihre von den Kommunisten und Nationalsozialisten erstrebte Politisierung der deutschen Arbeiterschaft - gefährdet das kollektive Arbeitsrecht. Nicht politischen Hader und parteipolitische Kämpfe und Auseinandersetzungen, sondern sorgfältige Erfüllung der für die Arbeiterschaft lebenswichtigen, sachlichen Aufgaben der Betriebsräte sind nötig.

Den Gelben, den Anhängern der fälschlich als Gewerkschaftsersatz angepriesenen Stahlhelmselbsthilfe oder ähnlichen gewerkschaftsfeindlichen Einrichtungen ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Auch sie denken ernstlich nicht daran, die schwere Verantwortung eines Betriebsratsmitgliedes zum Segen ihrer Arbeitskollegen im Betrieb zu tragen. Für sie ist der Betriebsrat das Experementierfeld zur Erfüllung werkgemeinschaftlicher Arbeitgeberwünsche. Für sie bildet die Wahl den willkommenen Anlaß, die bewährte gewerkschaftliche Betriebsrätearbeit zu stören und zu schwächen. Kämpft gegen diese Gewerkschaftsgegner!

Unter den Unorganisierten sorgt für Aufklärung! Sie mindern durch ihr Beiseitestehen den Erfolg der gewerkschaftlich geschulten Betriebsvertretungsmitglieder. Sie gefährden die sozialen Rechte der deutschen Arbeiterschaft. — Die Betriebsvertretungen dienen der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber dem Arbeitgeber und der Erfüllung der Betriebszwecke, ihre Wahl aber sichert auch den Belegschaftsmitgliedern den erweiterten sozialen Schutz, den das Gesetz gibt. Deshalb verzichtet die standesbewußte Arbeiterschaft nicht auf ihr Wahlrecht. WAHLRECHT IST WAHLPFLICHT!

Sorgt, daß kein Betrieb ohne Betriebsvertretung bleibt. Die christlich-nationale Arbeiterschaft wird den Wahlkampf für die

Reinhaltung des Betriebsrätegedankens, Sicherung und Erweiterung der Mitbestimmungsrechte

führen. Der Wahlkampf ist in die Hände unserer Mitglieder gelegt! Ihre bisher bewährte opferfreudige Gewerkschaftsarbeit wird den Erfolg sichern.

DER VORSTAND DES GESAMTVERBANDES DER CHRISTL. GEWERKSCHAFTEN DEUTSCHLANDS.

EINHEITLICHER WAHLTERMIN

für die diesjährigen Betriebsratswahlen in Rheinland und Westfalen

Nach zweijähriger Pause muß in diesem Jahre wieder die Neuwahl der Betriebsvertretungen vorgenommen werden. Aus diesem Anlaß wenden sich die für Rheinland und Westfalen zuständigen Bezirksorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (freie Gewerkschaften), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften) und des Gewerkschaftsringes der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften) mit

folgendem Aufruf

an ihre Mitglieder:

In Anbetracht des überaus harten Kampfes, den die Arbeiterschaft in der schweren Wirtschaftskrise um ihre Selbstbehauptung führen muß, ist den diesjährigen Betriebsratswahlen die größte Bedeutung beizumessen. Um eine ordnungsgemäße Durchführung der Betriebsratswahlen und der Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat sicherzustellen, haben sich die drei Gewerkschaftsrichtungen wie bereits bei früheren Wahlen auch für die diesjährigen Betriebsratswahlen auf einen einheitlichen Wahltermin verständigt. Der getroffenen Vereinbarung entsprechend sollen die diesjährigen Betriebsratswahlen in Rheinland und Westfalen einheitlich in allen Betrieben in der Zeit vom 20. bis 31. März 1933 durchgeführt werden.

Folgende Abmachungen und Termine sind daher seitens der Betriebsräte und der übrigen an der Durchführung der diesjährigen Betriebsratswahlen beteiligten Kollegen zu beachten:

I. In allen Betrieben findet spätestens bis Montag, den 20. Februar 1933, eine Betriebsratssitzung statt mit folgender Tagesordnung (wobei die Reihenfolge zu beachten ist):

1. Wahl eines Wahlvorstandes und dessen Vorsitzenden gemäß § 23 BRG.

2. Rücktritt der Betriebsvertretung.

(In allen Betrieben, in denen die Wahlperiode mit Ende März nicht abläuft, werden die Betriebsratsmitglieder und Ersatzleute aufgefordert, ihr Amt niederzulegen, um die Neuwahl zu dem vorgesehenen Termin vom 20. bis 31. März 1933 zu ermöglichen [§ 39 BRG.].)

Zu dieser Sitzung ist ordnungsmäßig, rechtzeitig und schriftlich, unter Angabe der Tagesordnung, zu laden. Ueber die Beschlüsse ist regelrecht abzustimmen. Das Ergebnis der Abstimmung einschließlich des Stimmverhältnisses ist protokollarisch festzulegen (§ 33 BRG.).

II. Am Tage nach der Betriebsrätesitzung wird in allen Betrieben, in denen die Betriebsräte und Ersatzleute zurückgetreten sind, dieser Rücktritt der Werksleitung schriftlich mitgeteilt. Zugleich erfolgt schriftliche Mitteilung an den Arbeitgeber über die erfolgte Bestellung des Wahlvorstandes unter Nennung von dessen Vorsitzenden und Mitgliedern (§ 23 BRG.).

Endlich wird der Werksleitung noch bekanntgegeben, daß der zurückgetretene Betriebsrat gemäß § 43 BRG. bis zur Bildung des neuen Betriebsrates im Amte bleibt.

III. Am Montag, 27. Februar 1933, wird ein den gesetzlichen Vorschriften entsprechendes Wahlausschreiben erlassen (§ 3 der Wahlordnung).

IV. Gemäß den Beschlüssen der Spitzenorganisationen sollen grundsätzlich gemeinsame Listen der einzelnen Organisationsrichtungen nicht aufgestellt werden. Bei der Listenaufstellung und der Wahl geht also jede Gewerkschaftsrichtung selbständig vor, desgleichen im Wahlkampfe, der in offener und streng sachlicher Weise zu führen ist.

V. Nach sorgfältiger Erledigung aller Vorbereitungen finden die Wahlen in der Zeit vom 20. bis 31. März 1933 statt.

VI. Allen Beteiligten wird es zur dringenden Pflicht gemacht, die gesetzlichen Bestimmungen genau zu beachten.

VII. Ueber die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erhalten die neuen Betriebsräte nötigenfalls rechtzeitig besondere Richtlinien.

Nach dem Gesagten sind bei der Durchführung der diesjährigen Wahlen folgende Termine besonders zu beachten.

Montag, 20. Februar 1933:

Betriebsratssitzung. 1. Wahl des Vorstandes und Ernennung des Vorsitzenden dieses Wahlvorstandes durch den alten Betriebsrat. 2. Rücktritt des alten Betriebsrates.

Montag, 27. Februar 1933:

Aushängen des Wahlausschreibens und Auslegen der Wählerlisten.

Donnerstag, 2. März 1933:

Letzter Tag des Einspruches gegen die Wählerliste.

Montag, 6. März 1933:

Letzter Tag zur Einreichung der Vorschlagslisten.

Montag, 13. März 1933:

Aushängen der Vorschlagslisten.

Montag, 20. März 1933: Wahltag.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Deutscher Gewerkschaftsbund
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände

Gewerkschaften und Kommunisten

Nicht nur die industriellen Scharfmacher und die Landjunker bekämpfen die Gewerkschaften, auch die Kommunisten gefallen sich in diesem Tun. Diesem Zweck dient vor allem die RGO. Angeblich sind diesen Leuten die Gewerkschaften zu zahm. Es müßte mehr Schneid entwickelt werden, um desto eher das heiß ersehnte Ziel, die kommnistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erreichen. Als glänzendes Vorbild schwebt den Kommunisten dabei die russische Sowjet-Union vor. Die Russen verstehen sich außerordentlich auf Propaganda. So haben sie in den letzten Jahren des öfteren auch nichtkommunistische Arbeiter eingeladen, nach Rußland zu fahren und sich die Zustände an Ort und Stelle anzusehen. Von diesem Anerbieten haben mehrmals auch deutsche Arbeiter Gebrauch gemacht. Soweit es sich nur um eine mehrwöchige Besichtigungsreise handelte, hatten diese Leute bei ihrer Rückkehr aus Rußland meist nur Gutes und Schönes zu berichten. Man hatte ihnen Rußland nur von der besten Seite gezeigt. Vor der rauhen Wirklichkeit hat man sie sorgsam bewahrt.

Anders berichten diejenigen, die als Ausländer in Rußland Arbeit annahmen oder auf eigene Kosten das Land bereisten. So stehen sich die verschiedenen Ansichten oft schroff gegenüber. Manche deutsche Kommunisten sind in der vollsten Ueberzeugung, daß dort wirklich die vollkommensten Zustände für die Arbeiter vorhanden seien, nach Rußland ausgewandert, um dort Arbeit anzunehmen. Aber sie wurden meist bitter enttäuscht und kamen wieder zurück. Um bittere Erfahrungen reicher. Wie so ganz anders hatten sie sich das kommunistische Rußland vorgestellt.

Kürzlich gingen wieder zwei Berichte durch die Presse, von Leuten, die in Rußland waren. Der eine von dem kommunistischen Agitator Ploch aus Oberschlesien, der andere von dem südamerikanischen (Peru) Großgrundbesitzer Larco Herera. Wir bringen nachstehend die beiden Berichte in knapper Form. Zunächst der kommunistische Agitator Ploch.

P. war wegen kommunistischer Agitation in Ost- und Westoberschlesien von einem oberschlesisch-polnischen Gericht zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Eine Haftunterbrechung benützte er, um mit einem Genossen über die russische Grenze zu entfliehen. Dort traf er den früheren kommunistischen Abgeordneten des Schlesischen Sejms, Wieczorek, der den Eindruck eines völlig Enttäuschten machte, und erfuhr, daß der vor einigen Jahren zugleich mit Wieczorek nach Sowjetrußland geflüchtete Parlamentskollege Kommander in Rußland wegen „konterrevolutionärer Umtriebe" verhaftet und in der Verbannung von der GPU. erschossen wurde. Auch Ploch machte mit der GPU. (Tscheka) die traurigsten Erfahrungen. Nach dem Grenzübertritt mit dem oberschlesischen Kommunisten Engel kam er zunächst nach Moskau, wo die herrschenden Genossen aber keineswegs geneigt schienen, die agitatorischen Fähigkeiten der beiden Oberschlesier nutzbar zu machen, sondern die beiden vielmehr sofort auf Arbeitssuche schickten. Erst nach wochenlangem Hin und Her konnten sie Arbeit finden, bei der das Schlimmste die Ueberwachung durch bewaffnete Soldaten und die Bespitzelung durch die GPU. war.

Sein erstes Erlebnis, nachdem er im Sowjetparadies endlich Arbeit gefunden hatte, war die traurige Feststellung, daß ihm von einem Buchhalter und einem Techniker des Werks, in dem er angekommen war, zwei Anzüge und ein Paar Schuhe gestohlen wurden. Es gelang ihm zwar, die Diebe zu ermitteln, doch blieben sie trotz Anzeige unbestraft. Die Lebensmittelrationen, die für die Angehörigen des Werks von der Kooperative (Konsumverein) ausgegeben wurden, waren „zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel". Außer unzureichendem schlechtem Brot und einem Päckchen Tee erhielt er im ganzen Monat zwei Pfund Pferdewurst, zwei Pfund Heringe, zwei Pfund Zucker, 200 Gramm Margarine und andere Lebensmittel von schlechtester Beschaffenheit und völlig ungenügender Menge. In ganz Moskau gab es oft tagelang weder Tabak noch Zigaretten. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse auf dem Lande.

Ueberall begegnete Ploch zahlreichen Obdachlosen und Scharen verwahrloster Kinder, die um ein Stückchen Brot bettelten.

An allen Orten stand die Bevölkerung vor den Lebensmittelgeschäften Schlange, um die nur auf Karten erhältlichen kargen Lebensmittel. In keinem Schaufenster war Fleisch oder Wurst zu sehen, sondern höchstens plumpe Holzimitationen dieser begehrten Genüsse.

Unter großen Schwierigkeiten gelang es Ploch, sich mit dem polnischen Konsulat in Verbindung zu setzen, und so die Rückkehr nach Oberschlesien zu ermöglichen. Er zog den Aufenthalt im Gefängnis, bei dem er sich wieder meldete, dem Aufenthalt als Arbeiter in Rußland vor.

Der Peruaner Herera berichtete über seine Erlebnisse in Rußland in der Limaer Zeitung „La Cronica". Dabei betont er ausdrücklich, daß er nach einem gründlichen Studium einer großen Sammlung sowjetrussischer Literatur als glühender Bewunderer des Landes der Sowjets seine Reise angetreten habe. Er kehrte furchtbar desillusioniert zurück. Der Mann, der in der ganzen Welt herumgereist ist, also ungewöhnlich reichliche Vergleichsmöglichkeiten hat, kommt u. a. zu folgenden Feststellungen.

„Das in Rußland herrschende System ist absurd. Das russische Volk ist ein Sklavenvolk, das sich im Elend windet. Wenn man das erzählt, was der Reisende in Rußland sieht, dann erscheint es einfach unglaublich. Und doch, was in Rußland herrscht, hat mit Sozialismus nichts zu tun, es ist einfach eine grauenhafte Tyrannei . . . Was ich dort gesehen habe, hat mir furchtbare Enttäuschung bereitet. Niemand lacht dort, alle leiden und jammern. Ueberall findet man eine dumpfe Unzufriedenheit, welche die Polizei nur mit Mühe niederhalten kann. Die Bombe ist geladen und kann jeden Augenblick losgehen. An dem Tage, an dem sich in Rußland die Revolution vollziehen wird, wird die Welt erstarren vor Entsetzen über die Unterdrückung, deren Opfer das russische Volk war . . . So kann das Leben eines großen Volkes nicht weitergehen."

Diese Berichte klingen viel glaubhafter, als die Berichte jener Leute, die auf Kosten Rußlands das Land auf kurze Zeit bereisten und denen man nur „Potemkinsche Dörfer" zeigte. Gewiß gibt es auch in Rußland Leute, denen es gut geht. Das sind die derzeitigen Gewalthaber, aber nicht die Arbeiter. Wir sind überzeugt, wenn alle deutschen Kommunisten Gelegenheit hätten, in Rußland zu arbeiten und zu leben, würde es mit ihrem Kommunismus bald ein Ende haben. D.

Genug der Reden, wir fordern Tat!

Die Weltwirtschaftskonferenz rüstet sich zum Zusammentritt. Man kann sagen, daß die gesamte Kulturwelt sie in Hoffnungen erwartet, wie eine aufgehende Heilssonne.

Vielleicht wird man unserm Zeitalter einmal den bitteren Beinamen einer „Zeit der großen Worte" verleihen, in der rednerische Scheinfassaden und Potemkinsche Versprechdörfer errichtet, in der Wortfeuerwerk und Phrasenlärm in nie erlebter Stärke losgelassen wurden. Im Kriege fing es bei schönfärbenden Heeresberichten aller Staaten, mit Lockungen und Versprechungen für den sicheren Siegfrieden, mit Lügen und Verleumdungen an. Die ganze Welt wurde mit einem Schwall großer Reden zugedeckt, aus der die Körnchen Wahrheit nur noch schwer herauszufinden waren. In der Revolutionszeit feierte das große Wort Orgien. Und wer zählt noch all die Konferenzen, Besprechungen und Zusammenkünfte, die nach dem Kriege bis heute geführt wurden, immer im Scheinwerferlicht höchster Hoffnungen und widerhallend von den Brusttönen naher goldener Zeit? Wie kläglich aber waren zu dem riesigen Aufwand die wirklichen Ergebnisse, die Zeugen der Tat? Klingt es nicht gegenwärtig wieder aus Rußland wie aus einem Paradies zu uns über die Erfolge der neuen Lebens- und Staatsführung, während doch in Wirklichkeit eher drüben höllische Zustände herrschen?

Unsere große bange Frage, in der Hoffnung und Zweifel zugleich schweben, ist nun die: Wird die Weltwirtschaftskonferenz als Höchsteffekt eines Feuerwerkes verzischen oder wird sie endlich unter dem ungeheuren Druck des Weltelendes ehrliche, furchtbar schwere Rettungsarbeit tun?

Voraussetzung für den Erfolg ist der ehrliche, entschlossene Wille aller Beteiligten. Der Weltbrand kann nur durch Weltbekämpfung gelöscht werden. Bisher hat es an der Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit aller gefehlt, und bald glaubte dieser, bald jener als besonderer „Brandgewinner" abseits bleiben zu können. Statt des Wassers gab man Worte in das Feuer, stellte sich auch, als sähe man den Brand nicht und sprach von Frühling und Pfingsten. Lehrreich wie kaum wieder ein wirtschaftsgeschichtliches Ereignis war in dieser Beziehung der englisch-französisch-amerikanische Notenwechsel über die Zahlung der Kriegsschulden, in dem auf einmal die deutschen Argumente, die man über ein Jahrzehnt lächelnd ironisch abgetan hatte, Stück für Stück in ihrer Sache aufmarschierten und höchste Beweiskraft beanspruchten. Und plötzlich galt in Frankreich, als es selber peinlich zahlen sollte, nicht einmal die „Heiligkeit" der eigenen Unterschriften und Verträge, die man uns unermüdlich wie ein Shylock gepredigt hatte. Die Weltnot krallt mit hundert Armen würgend nun auch nach dem letzten Hals, und darum darf man hoffen, daß nun ein gemeinsamer ehrlicher Wille vorhanden sein wird, die Not zu töten, um alle zu retten. Das ist unsere Hoffnung.

Es geht darum, einen geradezu teuflischen Widersinn aus der Welt zu schaffen. Die Welt will unter der Last der Güter, die für das Leben der Menschen da sind, zusammenbrechen, die Menschheit aber steht zu einem großen Teil vor verschlossener Tür und kann zu den begehrten Schätzen nicht gelangen, hungert, darbt und verkommt. Den Schlüssel zur Tür hat kein Einzelner, hat auch kein Volk, hat die wirtschaftliche Weltgemeinschaft, die nun zusammentritt. Wird sie ihn gebrauchen?

Die Probleme, um die es geht, liegen klar. Sie bilden eine untrennbare Einheit in sich und auch im Durchführungsraum, nämlich in der gesamten Kulturwelt europäischen Gepräges. Es handelt sich erstens um das Schulden- und Währungsproblem, zweitens um Fragen des Güteraustausches, besonders der Zollgrenzen, drittens um Ueberwindung der Ueberleistungen der modernen Technik und ihrer Maschinen.

Der Krieg mit seinen Folgen hat das Gold aus den meisten Ländern zu stark abgesaugt und an wenige Punkte zusammengetragen. Ein unentwirrbares Durcheinander von Schulden entstand, die Währungen der meisten Länder gerieten ins Treiben. Der Geld- und Kreditstrom, in normalen Zeiten regelmäßig wie ein Blutkreis fließend, verkrampfte sich. Einzelne Länder schmachteten in Blutleere, die andern stöhnen unter dem angesammelten Ueberdruck. Ein ganz besonderes Maß von Schuld trifft dabei die unsinnigen Reparationen. — Hier wird man gründlich aufräumen müssen. Politische Schulden sind nur in geringem Umfange realisierbar. Das Gold aber, das nun einmal als Grundlage der Weltwährungen da ist und auch weiterhin das Fundament der Kredite erteilen wird, muß neu verteilt und möglichst zweckentsprechend in die nationalen Adern gepumpt werden.

Die zweite Quelle der Weltnot ist hauptsächlich politischer Natur. Sie ist nicht isoliert, sondern steht unterirdisch mit der ersten und dritten in Verbindung. — Der Haß des Krieges schwelt seit Kriegsende als Mißtrauen weiter und vergiftet die Beziehungen der Völker untereinander. Verständigungen, die innerlich begründet und ziemlich selbstverständlich sind, kommen nicht zustande. Ein Keil treibt den andern, und schließlich haben die Völker sich sämtlich voneinander soweit wie irgend möglich abgeschlossen. Hohe Zollmauern, ängstlich und neidisch bewacht, trennen überall organische Glieder und zerschnüren das Leben. Hier muß schleunigst und kräftig die Spitzhacke angelegt werden, um, wenn nicht die Mauern gänzlich niederzulegen, doch genügende Schleusen zu öffnen, daß das Wirtschaftsleben wieder frei pulsieren und Kraft gewinnen kann.

Der ärgste und vielleicht schwierigste Feind der notleidenden Menschheit ist endlich — wenigstens vorläufig, natürlich nicht endgültig — die Technik und Maschine. Die Kapazität der heutigen Industrien ist durch Vervollkommnungen und Erfindungen so ungeheuerlich gesteigert, daß bei normalem Einsatz der vollen menschlichen Kraft eine zweifache Menschheit in ihren Bedürfnissen befriedigt werden könnte. Da wird kein anderes Mittel übrig bleiben, und das liegt ja im Sinn der Maschine, als die Arbeitszeit entsprechend herabzusetzen. Die 40-Stundenwoche wird auf der Weltkonferenz vorgeschlagen werden. Das ist das mindeste, was erreicht werden muß, um eine wirkliche Erleichterung zu schaffen. Die Bedenken, die dagegen geltend gemacht werden, sind dieselben, die einst gegen den 8-Stundentag aufgefahren wurden, die aber nun längst in nichts zerflossen sind. Natürlich ist auch bei diesem Punkte ein gemeinsames Weltvorgehen in fast lückenloser Geschlossenheit vonnöten, da sonst Unmöglichkeiten auf dem Weltmarkte sich ergäben. Man muß sich nur darüber klar sein, daß es darauf ankommt, genügend Lebensgüter für die Menschheit zu erzeugen und diese richtig zu verteilen. Das Geld spielt bei der Verteilung nur eine organisatorische Rolle, so daß die Lohnfragen wirkliche grundsätzliche Schwierigkeiten nicht bereiten dürften. Wer an der Produktion von Gütern in ausreichendem Maße beteiligt ist — sei es in 10 täglichen Stunden wie früher oder vielleicht in 5, die in Ausnutzung der Maschine noch mehr erzeugen — muß einen gerechten ausreichenden Anteil an Gütern erhalten.

Die verantwortliche Tat liegt bei wenigen. Wir andern können nur bangen und hoffen. Möge auf der großen Konferenz aus dem Aschenberge der Worte und Reden sich endlich der Phönix der Tat in die Luft erheben. —d.

Kollegen! Werbt für Euren Verband!

Bayern und die gemeindlichen Regiebetriebe

In dem in Nummer 1/1933 unserer Verbandszeitung erschienenen Artikel: „Der Kampf gegen die Regiebetriebe" wiesen wir zum Schluß bereits auf die Stellungnahme des Bayrischen Landtages sowie des Bayrischen Staatsministeriums des Innern hin. Der Bayrische Landtag hat am 1. Juli 1932 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Staatsregierung ist zu ersuchen,

1. die Aufsichtsbehörden anzuweisen, von besonderen Ausnahmefällen abgesehen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Errichtung und zum Betrieb von Regieunternehmungen von Gemeinden, Bezirken, Kreisen und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften erforderlichen Genehmigungen, nicht mehr zu erteilen und erteilte Genehmigungen, soweit dies rechtlich zulässig ist, zu widerrufen,
2. freiwillige Zuschüsse aus Staatsmitteln in Zukunft solchen Gemeinden, Bezirken, Kreisen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften nicht mehr zu gewähren, die ohne zwingende Notwendigkeit Regiebetriebe mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Versorgungsbetriebe schaffen oder führen, durch welche das ortsansässige Gewerbe geschädigt wird."

Das Bayrische Staatsministerium des Innern gibt nun mit einem Runderlaß vom 21. Oktober 1932 an die Regierungen, Kammern des Innern und die Bezirksämter folgendes bekannt unter dem Stichwort:

Betreff: „Gemeindliche Regiebetriebe."

Nach Bekanntgabe des vorstehenden Beschlusses des Landtages heißt es u. a.:

„Mit Rücksicht auf diesen Beschluß des Landtages ergeht folgende Entschließung:

1. Die Regierungen, Kammern des Innern und die Bezirksämter werden angewiesen, von besonderen Ausnahmefällen abgesehen, Gemeinden, Bezirken und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erforderliche staatsaufsichtliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von Regieunternehmungen nicht mehr zu erteilen."

Im Anschluß hieran werden einige Ausführungen gemacht, welche Betriebe nicht unter das Verbot fallen, so z. B. Sparkassen und die öffentlichen Versorgungsbetriebe sowie die Einrichtungen, die die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs bezwecken. „Dagegen — so heißt es — fällt uneingeschränkt unter das Verbot der Verteilung der staatsaufsichtlichen Genehmigung die Errichtung und der Betrieb von Erwerbsunternehmungen im Sinne des Art. 61, Abs. 1, Ziffer 3, 1. Halbsatz Gem.O. und des Art. 34, Abs. 1, Ziffer 3, 1. Halbsatz der Bez.O. In Ausnahmefällen sind die Verhandlungen vor Erteilung der Genehmigung mit eingehender Begründung der beabsichtigten Sachbehandlung dem Staatsministerium des Innern zur Einsichtnahme vorzulegen."

In Ziffer 2 heißt es sodann:

„Die Regierungen, Kammern des Innern und die Bezirksämter haben die Gemeinden, Bezirken oder sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts zum Betrieb von Regieunternehmungen bereits erteilten Genehmigungen daraufhin zusammen nachzuprüfen, ob ihr Widerruf rechtlich möglich und im Interesse der Wahrung der Belange des ortsansässigen Gewerbes geboten ist. Beim Vorliegen dieser Voraussetzungen ist der Widerruf der Genehmigung auszusprechen.

Einer Nachprüfung bedarf es nicht bei Genehmigungen, die nach vorstehender Ziffer 1, auch weiterhin noch uneingeschränkt erteilt werden dürfen."

Bei dieser Ziffer wird die Frage untersucht, ob der Widerruf von vorbehaltlos erteilten staatsaufsichtlichen Genehmigungen rechtlich überhaupt möglich ist. Da diese Frage an sich zu verneinen ist, wird zum Schluß zu äußerster Vorsicht gemahnt mit den Worten:

„Jedenfalls ist bei der Würdigung der Frage, ob eine bereits erteilte Genehmigung widerrufen werden soll, mit besonderer Sorgfalt vorzugehen, und ein Widerruf nur auszusprechen, wenn er zweifelsohne zulässig und im Interesse des ortsansässigen Gewerbes dringend geboten ist."

Unter Ziffer 3 wird dann folgendes ausgeführt:

„Die Regierungen, Kammern des Innern und die Bezirksämter werden angewiesen, darauf hinzuwirken, daß die Gemeinden, Bezirke und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes keine neuen Regiebetriebe mehr errichten und die bereits bestehenden Regiebetriebe planmäßig abbauen."

In dieser Bestimmung wird dann nachfolgend erläutert, was unter Regiebetrieben zu verstehen ist. Es wird da ausgeführt:

„Unter »Regiebetrieben« im Sinne dieser Weisung sind vor allem die Betriebe zu verstehen, die der Deckung des eigenen Bedarfs dienen, wie z. B. gemeindliche Druckereien und dergl.; aber auch sonstige Betriebe, durch welche die Gemeinden usw. dem ortsansässigen Gewerbe Konkurrenz machen, wie gemeindliche Installationsbetriebe, gemeindliche Verkaufsstellen für Gas-, Wasser- und elektrische Bedarfsartikel und dergl.; auch die Ausführung von Bauarbeiten in Regie fällt unter den Begriff der Regieunternehmungen, deren Beseitigung nach dem Willen des Landtages angestrebt werden soll. Ausgenommen sind die Sparkassen und deren Zweig- und Annahmestellen, sowie die sogenannten Versorgungsbetriebe im Sinne der Ausführungen unter Ziffer 1, letztere jedoch mit der Maßgabe, daß die Aufhebung der mit Versorgungsbetrieben verbundenen Nebeneinrichtungen (vergl. Art. 61, Abs. IV, Ziffer 2 Gem.O.) wie Installationsbetriebe, Verkaufsstellen und dergl. dann zu erreichen versucht werden soll, wenn durch diese Einrichtungen das ortsansässige Gewerbe geschädigt wird. Gelegenheit auf den planmäßigen Abbau der im Sinne vorstehender Ausführungen unerwünschten gemeindlichen Regieunternehmungen hinzuwirken, wird sich für die Regierungen, Kammern des Innern und die Bezirksämter, namentlich bei Ueberprüfung der Voranschläge der Gemeinden, Bezirke und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes ergeben. Bei dieser Prüfung ist vor allem bei denjenigen Gemeinden, und Bezirken, deren Haushaltsplan nicht abgeglichen ist, besonderes Augenmerk darauf zu richten, ob die Erhöhung der Einnahmen oder die Verringerung des Fehlbetrages nicht durch deren Verkauf, Verpachtung oder sonstige Veräußerung oder auch durch Stillegung von wirtschaftlichen Betrieben der betreffenden Gemeinde oder des betreffenden Bezirkes (mit Ausnahme der öffentlichen Versorgungsbetriebe) erzielt werden kann."

Nachdem dann noch auf die Zuschußgewährung bei Durchführung von Bauarbeiten und kulturtechnischen Unternehmungen hingewiesen wird, wird dabei verlangt, „jedesmal eingehend zu würdigen, ob nicht die Vergebung an einen Unternehmer möglich und zweckmäßig ist. Soll eine Anlage in Regie ausgeführt werden, so ist dies zu begründen."

Zum Schluß heißt es dann:

„Bis 1. Januar 1933 habe ich ersucht, zu berichten:

a) die Regierungen, Kammern des Innern, welche kreisunmittelbare Gemeinden und Bezirke,
b) die Bezirksämter, welche mittelbare Gemeinden auf die Dauer berechnete Regiebetriebe unterhalten, deren Aufhebung nach Ziffer 3 vorstehender Entschließung angestrebt werden soll, welcher Art die einzelnen Regiebetriebe sind, wie groß der Geschäftsumfang ist und ob durch die betreffenden Regiebetriebe in erheblicher Weise die Interessen des ortsansässigen Gewerbes geschädigt werden."

Unterzeichnet ist das Schreiben von Stützel, dem derzeitigen bayrischen Innenminister. Es wird also in dem Runderlaß ein dreifaches verlangt: 1. die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von Regieunternehmungen nicht mehr zu erteilen, 2. die bereits erteilten Genehmigungen zu prüfen und evtl. zu widerrufen, 3. darauf hinzuwirken, daß keine neuen Regiebetriebe mehr errichtet werden und die bestehenden planmäßig abgebaut werden.

Es wird wohl auch in Bayern nicht so heiß gegessen wie gekocht. Unseres Wissens kann man bei den bayrischen Städten wahrhaftig nicht von einer Ueberspannung der Regiebetriebe sprechen. Schon bislang haben die bayrischen Gemeinden, wie wir das kürzlich an dem Beispiel von Bamberg nachweisen konnten, auf die Kreise des Handwerks und Mittelstands weitgehendst Rücksicht genommen, mehr vielleicht, als im Interesse der Gesamtbürgerschaft vertretbar ist. Wir glauben jetzt schon die Auffassung aussprechen zu können, daß die Aktion des Bayrischen Landtages und des Bayrischen Ministeriums ein sehr mageres Ergebnis haben wird.

In diesem Zusammenhang sei aber auch erinnert an das ständige Bohren der Handwerkskreise beim Reichswehrministerium bezw. einzelnen Wehrkreiskommandos. Auch diesen Stellen liegt man beständig in den Ohren wegen Abschaffung oder doch zum mindesten Einschränkung der Kleider- und Schuhmacherwerkstätten. Es ist eigentlich unerfindlich, welchen Erfolg man sich davon verspricht. Für jeden Handwerksmeister, der einen Auftrag bekäme, müßte zweifellos ein Regiearbeiter entlassen werden. Daß aber die Herstellung der Kleider und Schuhe billiger würde, so daß sich für das Reichswehrministerium die Sache wirklich verlohnte, daran ist wohl nicht zu denken. Das glauben auch die Handwerksvertreter selber nicht.

Unsere Kollegenschaft mag aber aus diesen Vorgängen ersehen, welchen Anfeindungen die Regiebetriebe ausgesetzt sind, und wie notwendig, eine geschlossene Abwehr auch seitens der Gewerkschaften ist.

Reichs- und Staatsarbeiter

Der TAR. soll verlängert werden

Am 31. März d. J. läuft der Tarifvertrag für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen (TAR.) ab. Nach den Bestimmungen des § 37 verlängert sich der Vertrag jeweils um ein weiteres Jahr, falls er nicht ein Vierteljahr vor seinem Ablauf gekündigt wird. Auf Einladung des RFM. hatten sich die Tarifvertragsparteien am 28. Dezember v. J. zusammengefunden, um eine etwaige Verlängerung des Vertrages zu erwägen. Bereits einige Tage vorher hatte das Reichsfinanzministerium namens der Reichsregierung den am Vertrage beteiligten Gewerkschaften eine Reihe von Abänderungswünschen unterbreitet, die für den Fall einer Vertragsverlängerung Berücksichtigung finden sollten. Es handelt sich hierbei um folgende Vorschläge:

1. Im § 2 ist die Zahl 18 durch 48 zu ersetzen.
2. Die Ausführungsbestimmung 1 zu § 5 erhält folgende Fassung:
   „Vor einer grundsätzlichen Herabminderung der wöchentlichen Arbeitszeit unter 48 Stunden sind die vertragschließenden Arbeitnehmerorganisationen zu hören, vor örtlichen oder betrieblichen Herabsetzungen die in Frage kommenden örtlichen Arbeitervertretungen; die Anordnung der verkürzten Arbeitszeit tritt frühestens 2 Wochen nach der Bekanntgabe an die von der Herabsetzung der Arbeitszeit betroffenen Arbeiter in Kraft."
3. Im § 21 TAR ist folgender Abs. 2 neb aufzunehmen:
   „Versorgungsanwärter, die gemäß § 1234 RVO. von der Versicherungspflicht befreit sind, sind nicht verpflichtet, Mitglieder bei der Zusatzversorgungsanstalt des Reichs und der Länder zu werden."
4. § 24 erhält folgenden 2. Absatz:
   „Die Zustimmung zur Nebenbeschäftigung gegen Entgelt kann jederzeit widerrufen werden."
5. § 25 Abs. 9 erhält folgenden Zusatz:
   „Eine Dienstbefreiung gemäß Satz 1 findet — unbeschadet des § 6 Abs. 1 — nicht statt, soweit hierdurch die Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters an den Vorabenden des Weihnachts-, Oster- und Pfingstfestes unter 4 Stunden sinken würde oder eine vor 14 Uhr liegende Arbeitszeit ausfallen würde."
6. Der § 26 verliert, ohne daß es einer Kündigung bedarf, von dem Zeitpunkt ab seine Geltung, von dem ab die Urlaubsbestimmungen für Beamte oder Angestellte geändert werden. Ueber den Urlaub der Arbeiter soll in diesem Falle alsbald eine neue Vereinbarung getroffen werden.
7. Dem § 27 Abs. 1 ist als 2. Satz einzufügen:
   „Der Krankengeldzuschuß darf jedoch nicht über 99 v. H. des satzungsmäßigen Krankengeldes hinausgehen."
8. In § 31 ist in der ersten Zeile des Abs. 2 vor dem Worte „arbeitslose" einzufügen: „arbeitslose Versorgungsanwärter sowie solche".

Angesichts des Umfanges vorstehender Wünsche und deren Bedeutung gaben die Vertreter der Gewerkschaften die Erklärung ab, daß sie den gesamten Fragenkomplex in ihren Verbandskörperschaften erst beraten müßten, bevor sie sich endgültig entscheiden könnten. Allerdings wurde nicht versäumt, auf die bedenklichen Auswirkungen, die die Erfüllung der Wünsche für die Reichsarbeiter zeitigen müßten, hinzuweisen. Die Besprechung endete mit dem Uebereinkommen, daß der Kündigungstermin vom 1. Januar auf den 28. Februar verlegt wurde. Durch diese Verschiebung sollte der erforderliche Zeitraum gewonnen werden, um zu dem Antrag der Reichsregierung Stellung zu nehmen.

Am 26. Januar wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Die Aenderung des § 2 würde eine Herausnahme aller nicht vollbeschäftigten Personen aus dem Tarifvertrag bedeuten, und damit eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Schließlich erklärten sich die Regierungsvertreter mit einer Beibehaltung der bisherigen Fassung des § 2 einverstanden, wenn die Arbeitnehmerorganisationen in eine Abänderung des § 10 einwilligten. Angesichts der Finanznöte des Reiches seien Lohnzulagen in dem Ausmaß, wie sie die Bestimmungen des § 10 vorsehen, nicht mehr haltbar. — Die Arbeitnehmervertreter behielten sich ihre endgültige Stellungnahme zu diesem Vorschlage vor.

Die Aenderung der Ausführungsbestimmung 1 zu § 5 wurde von der Regierung deshalb verlangt, weil sich an einigen Orten Schwierigkeiten wegen einer Herabsetzung der Arbeitszeit ergeben hatten. Es besteht nicht die Absicht, allgemein die 40-Stundenwoche einzuführen, sondern von der Möglichkeit zur Arbeitszeitverkürzung soll nur Gebrauch gemacht werden, um Entlassungen zu vermeiden. Die alte Bestimmung geht auch über die Befugnisse der Betriebsvertretung nach dem BRG. hinaus. Von den Arbeitnehmervertretern wurde demgegenüber auf die Arbeitszeitverkürzungen bei den Bekleidungsämtern hingewiesen, wo die Schneider 40 und die Schuhmacher 32 Stunden arbeiten, sowie auf die sonstigen Bedenken, die gegen die neue Fassung bestehen. Man kam überein die fraglichen Bestimmungen zu streichen.

Der Punkt 4 betreffend die Nebenbeschäftigung gegen Entgelt, wurde angenommen.

Zu Punkt 5 (§ 25) vertraten die Arbeitnehmer den Standpunkt, daß der Vorschlag eine Verschlechterung darstelle, die hinsichtlich der finanziellen Ergebnisse nicht gerechtfertigt sei. — Dagegen wurde von der Reichsregierung betont, man habe die Arbeitszeitverkürzung an den Vorabenden des Weihnachts-, Oster- und Pfingstfestes doch aufgenommen, um die Festvorbereitungen treffen zu können. Wenn an diesen Tagen der Dienst bereits um 14 Uhr beendet ist, dann sei eine Arbeitszeitverkürzung nicht mehr gerechtfertigt, da die eigentlichen Ursachen, die zu der Verkürzung der Arbeitszeit geführt haben, nicht mehr bestänben. — Nach weiteren Einwendungen der Arbeitnehmervertreter wurde dieser Punkt schließlich zurückgestellt.

Stärksten Widerstand brachten die Gewerkschaften dem Vorschlag zu Punkt 6 (§ 26) entgegen, weil es ungerechtfertigt ist, den Urlaub des Arbeiters von dem des Beamten abhängig machen zu wollen. Man würde sich mit einer solchen Abhängigkeit einverstanden erklären können, wenn der Urlaub der Arbeiter dem Urlaub der Beamten hinsichtlich der Dauer angepaßt würde. — Die Vertreter der Reichsregierung zogen daraufhin den Vorschlag zurück.

Der unter Punkt 7 aufgeführte Vorschlag wurde damit begründet, daß es sich hier lediglich darum handele, die Leistungen aus § 27 als Zuschußleistungen zu kennzeichnen, da es immer noch Versicherungsämter gebe, die in diesen Leistungen Lohnfortzahlungen erblicken. — Eine große Verschlechterung bedeutet dieser Vorschlag nicht und erklärten sich die Gewerkschaften damit einverstanden, wenn in den übrigen Punkten eine Einigung erzielt würde.

Erregte Debatten wurden geführt über die Vorschläge 3 und 8 (§§ 21 und 31), die zusammen behandelt wurden. Den Vorschlag 3 begründeten die Vertreter der Reichsregierung damit, daß die Beitragsleistungen der Versorgungsanwärter zur Ruhelohnkasse nur überflüssige Belastungen darstellen. Eine Beeinträchtigung der Zusatzversicherung, wie sie von den Gewerkschaften befürchtet wird, sei ausgeschlossen. Die Versorgungsanwärter scheiden bei dem Uebergang in das Beamtenverhältnis aus. Nach den Bestimmungen der Satzung der Zusatzversicherungsanstalt erhielten dann die Versicherten wie auch die Verwaltungen die eingezahlten Beiträge zurück. Der Vorschlag 8 (§ 31) wurde von den Regierungsvertretern aus wehrpolitischen Gründen unterstrichen, die Heeresverwaltung sei verpflichtet, für die aus dem Heere entlassenen Personen einzutreten. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde entgegnet, daß kein Grund durchschlaggebend sei, Versorgungsanwärtern auch noch Arbeitsplätze vorzubehalten, nachdem diesen fast alle unteren und mittleren Beamtenstellen vorbehalten sind, während frühere Reichsarbeiter, die zumeist Kriegsdienst hinter sich haben, nicht eingestellt werden. Schließlich machten die Regierungsvertreter folgenden Vorschlag:

8. Dem Abs. 2 des § 31 wird als neuer Halbsatz angefügt: „dies gilt entsprechend im Bereich der Reichswehr hinsichtlich der durch ihre Fürsorgestellen vermittelten arbeitslosen Versorgungsanwärter."

Die Arbeitnehmervertreter gaben die Erklärung ab, den Vorschlag prüfen zu wollen. Hierauf wurden die Verhandlungen bis zum 8. Februar vertagt.

Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen wird in der kommenden Nummer der Gewerkschaftlichen Rundschau berichtet werden. Die Kollegen und Kolleginnen können aus diesem Bericht erfahren, daß sie von Verschlechterungen bedroht sind, die nur abgewehrt werden können, wenn die Gewerkschaftsvertreter auf eine geschlossene Abwehrfront hinweisen können.

Unrecht hat immer der Fanatiker, sei er ein Rechts- oder ein Linksfanatiker. Unrecht hat der Träge und Gleichgültige, der nicht mitarbeiten will an der Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Fragen, gerade, wenn er als Christ so handelt. Denn es ist nicht erlaubt, die armen Mitmenschen nur zu vertrösten, wenn ihnen auf Erden geholfen werden kann. Um zwischen den Extremen den rechten Mittelweg zu finden, bedarf es der Klarheit für den Verstand, der Bereitschaft für den Willen.

Ignaz Seipel.

Die Saarregierung will Lohndruck

Wir sind im Saargebiet manchmal erstaunt gewesen, wie fix die Regierung bei der Hand war, die reichsdeutschen Notverordnungen zu übernehmen. Hingegen konnten wir aber auch feststellen, daß sie solche Gesetze und Erleichterungen, die dem arbeitenden Volk zugute kommen, trotz aller Eingaben nicht übernahm. Wir haben die Vorgänge im Reich sehr genau verfolgt, besonders jede Phase des Kampfes gegen die schematische Angleichung der Gemeindearbeiterlöhne an die der Reichsarbeiter, mußten wir doch damit rechnen, daß die Saarregierung das Lied „Staatsarbeiterlohn gleich Gemeindearbeiterlohn" auch einmal anstimmen würde.

Unsere Vermutungen wurden schon im vorigen Herbst bestärkt, als es durchsickerte, daß in einem Büro der Saarregierung eine Tabelle ausgehängt ist, die in graphischer Kurve die Löhne der Staatsarbeiter und die der Gemeindearbeiter und Straßenbahner gegenüberstellt. Man hatte sich die Sache sehr einfach gemacht und nach folgender Formel die Lösung gefunden: Staatsarbeitertarif stundenlohn in Gegenüberstellung Gemeindearbeitertarif stundenlohn. Fertig! Wohlweißlich hatte man in dieser Aufstellung den Aufbau der Zuschläge, wie sie bei dem hiesigen Staatsarbeiter in Geltung sind und einen nicht unbeträchtlichen Teil des Effektivlohnes ausmachen, nicht mit aufgeführt. Dann hatte man wohl mit Absicht ganz vergessen, daß der Straßenbahnführer doch wohl mit dem beamteten Triebwagenführer der Eisenbahn und der Straßenbahnschaffner zu mindestens mit dem beamteten Eisenbahnschaffner gleichzustellen ist. In der Aufstellung zog man weiter nicht in Betracht, daß 80 Prozent aller Staatsarbeiter nach der Lohngruppe 5 (angelernte Gruppe) des Staatsarbeitertarifes, hingegen die Gemeindearbeiter und Straßenbahner zumeist nach der Lohngruppe 4 (Ungelernte) des Gemeindearbeitertarifes bezahlt werden.

Die Saarbrücker Straßenbahner sollten den ersten Vorstoß unter dem Einfluß der Eisenbahndirektion als Aufsichtsbehörde, der Regierung aushalten. Durch eine Verfügung hatte diese den Fahrpreis der Saarbrücker Straßenbahn für jede Teilstrecke um 10 Cts. gekürzt. Die Straßenbahndirektion protestierte dagegen. Es wurden Gutachten angefordert und Gegengutachten abgegeben. Seltsamerweise wurde der Eisenbahndirektion aufgegeben ein Gutachten über die Notwendigkeit der Fahrpreissenkung anzufertigen. Proteste und Verhandlungen lösten einander ab und es blieb bei der Fahrpreissenkung. Auch wir legten uns ins Zeug, da wir den Endeffekt voraussahen, nämlich, daß das Personal der Straßenbahn die Mindereinnahmen durch Lohnkürzungsmaßnahmen wieder ausgleichen sollen. An Hand von genauen Gegenüberstellungen der wirklichen Verdienste der vergleichbaren Gruppen zwischen den Eisenbahnern und den Straßenbahnern wiesen wir nach, daß das Verdienst der Eisenbahner im Endeffekt um einige 100 Frs. pro Monat höher liegt, als das der Straßenbahner bei gleichen Dienstjahren.

Da nun den Letzten immer die Hunde beißen, wird natürlich die Straßenbahndirektion bei einem negativen Verlauf des Protestes gegen die Fahrpreissenkung versuchen, dem Personal der Straßenbahn das Minus der Einnahmen durch irgend welche Maßnahmen aufzubürden. Deshalb sollten die Straßenbahner in Saarbrücken die Zeichen der Zeit erkennen und der Gewerkschaft beitreten, statt den radikalen Phrasendreschern und sonstigen Maulhelden nachzulaufen, oder das Heer der Indifferenten noch vergrößern, sonst werden sie die Kosten tragen müssen.

Wie wir erfahren, hat die Regierung über die Landratsämter den Lohnanteil der Gemeindeausgaben von den Gemeinden angefordert. Auch hier ist die Absicht klar zu erkennen. Wir werden die Angelegenheit gut im Auge behalten und zu gegebener Zeit eingreifen, um weiterem Lohnabbau entgegenzutreten. Auch in diesem Falle kommt es auf die Kollegen selbst an, ob diese Absichten verwirklicht werden. Väterchen Stalin wird ihnen keinen Centim retten können. Es ist doch bezeichnend, daß eine deutsche Arbeiterfrau von Rußland schreibt: „In Deutschland lebt es sich mit der Arbeitslosenunterstützung besser, als in Rußland mit Arbeit."

Wann, deutscher Gemeindearbeiter und Straßenbahner wirst Du endlich erkennen, daß Du Hilfe nur von Deiner Gewerkschaft erwarten kannst und daß Du von allen anderen belogen und betrogen wirst? Jeder Tag und jede Stunde hämmert Dir diese Tatsache in Dein Gewissen, wenn Du nur darauf achtest. Kannst Du überhaupt noch zögern, den Weg zu gehen, den Dir die schicksalhafte Verbundenheit mit Deinem organisierten Kollegen vorzeigt? Darum nicht morgen, nein, sofort melde Deinen Beitritt zum Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen beim nächsten Vertrauensmann an. In dieser Gemeinschaft helfe mit dazu beitragen, daß Deine Lebenslage nicht noch mehr verschlechtert wird. Ohne sie wird Dein Weg rückwärts gehen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Doppelverdiener.

Angesichts der überaus großen Arbeitslosigkeit, von der alle Berufe betroffen werden, ist es verständlich, wenn die Forderung nach Beseitigung des Doppelverdienertums mit aller Schärfe erhoben wird. In einer Zeit, wo über 1 Million Familien von der kargen Unterstützung leben müssen, sind hier strengere Maßstäbe wie in normalen Zeiten anzulegen. Wo heute noch der Mann in fester Arbeit sich befindet, muß die Frau auf Erwerbstätigkeit verzichten, wenn hierdurch einem Arbeitslosen die Arbeit weggenommen wird. Zusammenstehend soll das deutsche Volk gemeinsam die Not überwinden helfen. Nichts wirkt dem mehr entgegen wie ein böses Beispiel von oben. Wenn Leute, ehemalige hohe Beamte, denen auch heute noch der Staat eine hohe Pension zahlt, jede Rücksichtnahme auf die Not des Volkes vermissen lassen. Rücksichtslos versuchen sich auf Kosten der Gesamtheit, Einnahmen in ganz ungebührlicher Höhe zu verschaffen. Ein derartiger Fall hat nunmehr erneut den Widerspruch der öffentlichen Meinung hervorgerufen.

Die Städte Frankfurt und Köln waren infolge Ueberlastung durch die Wohlfahrtspflege nicht in der Lage, die fälligen Anleihen zurückzuzahlen. Um hier eine im Interesse von Gläubigern und Schuldnern liegende Regelung zu treffen, wurde ein Gläubigerausschuß unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors a. D. Dr. Bail, gebildet. Eine für beide Teile erträgliche Lösung wurde auch gefunden. Nun kommt das dicke Ende. Der Herr Ministerialdirektor a. D. verlangt für seine ein paar Wochen Zeit in Anspruch genommene Tätigkeit, neben dem Ersatz sämtlicher Unkosten, gewiß nicht knapp berechnet, ein Honorar von 35 000 M., von dem auf Köln 20 000 und Frankfurt 15 000 M. entfallen. Die sieben Beisitzer verlangen für ihre „Tätigkeit" außer den Unkosten für die Teilnahme an zum Teil vollständig überflüssigen Sitzungen je 2000 M. Unter ihnen befinden sich neben freien Rechtsanwälten, denen man schließlich ein Honorar zubilligen kann, aber auch ein gutbezahlter, in fester Stellung sich befindlicher Syndikus einer Handelskammer, ebenfalls ein Doppelverdiener. Der Stadt Köln kostet die ganze Geschichte über 50 000 M. Gewiß kein erheblicher Betrag im Vergleich zu dem Millionenbetrag des Etats. Aber immerhin so viel, um tausend armen Wohlfahrtsempfängern ein ganzes Jahr lang eine wöchentliche Extraunterstützung von 1 M. zahlen zu können.

Wann endlich wird mit den privaten Nebengeschäften von aktiven oder pensionierten hohen Beamten Schluß gemacht?

In diesem Zusammenhang sei auch einmal hingewiesen auf die hohen Honorarforderungen von Beamten, die als Vorsitzende von Schlichtungsausschüssen tätig sind.

Wenn ein Angestellter in der Privatwirtschaft eine besondere Leistung aufzuweisen hat, eine Erfindung gemacht hat, fällt der Gewinn hieraus nicht dem Angestellten, sondern dem Betriebe, dem Unternehmen zu. Das Gesetz geht hierbei von der Ansicht aus, daß diese Leistung, diese Erfindung zum guten Teile darauf zurückzuführen sei, daß der Betrieb, der Unternehmer erst die Möglichkeit gegeben habe, die Leistung zu vollbringen.

Verhält es sich mit den Leistungen und Kenntnissen von hohen Beamten in und außer Dienst hier anders? Gibt ihnen nicht auch der Arbeitgeber, das Reich, der Staat, die Verleihung eines Amtes, erst die Autorität, um überhaupt die Nebengeschäfte führen zu können? Haben sie sich nicht die notwendigen Kenntnisse hierzu erst durch ihre dienstliche Tätigkeit erworben? Hat nicht der Staat ein Anrecht auf die volle Arbeitskraft eines Beamten, da er doch auch das volle Gehalt zahlt. Dem unteren und mittleren Beamten ist Nebenbeschäftigung gegen Entgelt streng verboten.

Immer werden es Fälle geben, wo die Heranziehung aktiver oder pensionierter Beamten zu besonderen Aufgaben tunlichst erscheint. Fälle, wo die Autorität des Staates die Erfahrungen, die nur im Reichs-Staatsdienste gemacht werden können, erst

die Voraussetzungen für ein gutes Gelingen der gestellten Aufgabe bilden. Aber in all diesen Fällen sollte das Honorar für diese Nebenleistungen, besonders, wenn es aus einer öffentliche Kasse gezahlt wird, auf das Gehalt oder die Pension in Anrechnung gebracht werden.

Was heute auf dem Gebiete geschieht, dient nicht dem Ansehen des Beamtenstandes, gibt öffentliches Aergernis und verhindert eine Ueberbrückung der Gegensätze zur Ueberwindung der sozialen und nationalen Notlage.

Gasfernversorgung und Arbeitsbeschaffung

Der Zechenkapitalismus wittert Morgenluft. Nachdem sich die Pläne auf Beherrschung der gesamten Gasversorgung durch das Zechenkapital als undurchführbar, volkswirtschaftlich höchst gefährlich erwiesen haben, wurde es in den letzten Jahren auffällig still um die Gasfernversorgung. Aufs Ganze gesehen sind weder die Wünsche der Konsumenten auf Verbilligung der Gastarife, der Gemeinden auf größere Ueberschüsse wie bei der Eigenproduktion, noch die Wünsche des Zechenkapitals in Erfüllung gegangen. Die Zinsen des investierten Kapitals, hauptsächlich ausländisches Leihkapital, haben die Gewinne fortgefressen. Erreicht hat man die Freistellung der menschlichen Arbeitskräfte in den ganz oder teilweise stillgelegten Gasanstalten. Die durch das Zechenkapital arbeitslos gewordenen armen Teufel haben nun bei den total unzulänglichen Unterstützungssätzen Gelegenheit, über die Vorteile der nationalen Konzentration, zwischen Hugenberg—Papen—Hitler und Co. nachzudenken.

Doch schon ein neuer Vorstoß wird geplant, für den das Zechenkapital bei den neuen Herren Verständnis erwartet. Wenn es trotz der Finanznot des Reiches den Großagrariern möglich war, sich Hunderttausende aus öffentlichen Mitteln zur mehrmaligen Sanierung ihrer bankerotten Güter bereitstellen zu lassen, warum soll denn das Zechenkapital bescheidener sein. Hugenberg und Papen sind doch die besonderen Freunde des Kapitalismus und der Sozialismus eines Hitlers wird ihnen gewiß nicht gefährlich werden.

Und so hat denn das Zechenkapital den Antrag gestellt, aus den Mitteln des Arbeitsbeschaffungsplanes die Fortführung der Gasfernleitung von Köln über Bonn vorläufig bis Koblenz zu finanzieren. Volkswirtschaftlich zweckmäßig oder gar notwendig ist eine derartige Anlage nicht. Billiger wie heute die Kohle auf dem Wasserwege zu den Gasanstalten befördert werden kann, kann auch das Gas nicht transportiert werden. Dabei liegen die Produktionskosten des Gases in den Gasanstalten nicht höher wie der Preis des Ferngases. Nur dem Kapitalismus winkte ein Gewinn, wenn die betreffenden Städte und Gemeinden ihre eigenen Gaswerke stilliegen und zum Ferngasbezug übergehen würden.

Klingt es nicht wie ein Hohn, wenn Gelder aus dem Arbeitsbeschaffungsfonds dazu benutzt werden sollen, anstatt neue Arbeitsmöglichkeiten neue Arbeitslosigkeit zu schaffen. Es besteht auf Jahre hinaus nicht die geringste Möglichkeit, die durch Stillegung der Gaswerke arbeitslos werdenden Arbeiter anderweitig unterzubringen. Hoffentlich findet dieser Plan, wenn schon in Berlin Geneigtheit besteht, Arbeitsbeschaffungsgelder zur Schaffung neuer Arbeitslosigkeit zu benutzen, den entschiedensten Widerspruch seitens der betreffenden Städte und Gemeinden.

Feierlichst und vertraglich ist der Stadt Köln die Errichtung einer modernen Koterei im Kölner Hafen versprochen worden, um die Bevölkerung vor Ausnutzung durch Monopolpreise zu schützen. Gebaut ist die moderne Anlage nicht, die mehreren hundert Arbeitern ständig Brot und Arbeit geben könnte. Wird auch in absehbarer Zeit nicht gebaut werden. An dessen Stelle versucht der Ruhrkapitalismus noch mehr bisher sichere ständige Arbeitsplätze zu beseitigen.

Unsere Kollegenschaft muß daher heute mehr noch wie bisher zur Verteidigung ihrer Arbeitsstätte zu kämpfen bereit sein. Hinweg mit der Gleichgültigkeit und dem Vertrauen zu den großen Maulhelden, die der Arbeiterschaft alles versprochen, aber nichts halten, wenn sie auf den Krücken des breiten Volkes in führende amtliche Stellungen gestiegen sind. Deutsche Arbeiterschaft, erwache!

Eine Anfrage an die Reichsregierung

Die Deutsche Zentrumspartei hat nachstehende Fragen an die Reichsregierung gerichtet:

1. Wie haltet ihr es mit der Verfassung?
2. Wie steht ihr zur volks-nationalpolitischen Siedlung?
3. Seit ihr für die Beseitigung der Härten der Notverordnung?
4. Was habt ihr mit dem Arbeitsministerium vor?
5. Wird das Koalitionsrecht aufrechterhalten?
6. Gedenkt ihr die deutsche Sozialversicherung und das Tarifvertragsrecht zu respektieren?

Eine Antwort hierauf haben Hitler, Papen, Hugenberg und Seldte nicht gegeben. Es sei denn, das die Zerschlagung des Arbeitsministeriums als eine Teilantwort auf diese Fragen zu bewerten ist.

Die Vermögensanlage der Sozialversicherung.

Das Reinvermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und der Träger der Invalidenversicherung hat im November 1932 nach der vorübergehenden saisonbedingten Steigerung im Oktober wieder leicht abgenommen und zwar um 2 Millionen auf 3 225,4 Millionen RM. Die Verringerung geht aber ausschließlich zu Lasten der Invalidenversicherung, deren Reinvermögen um 3,2 Millionen RM sank, während die Angestelltenversicherung einen Zuwachs auch im November von RM 1,2 Millionen verzeichnen konnte. Die gleiche Entwicklung ist auch bei der Veränderung des Rohvermögens festzustellen. Beide Versicherungsträger haben, dies zeigt ein Vergleich der Veränderung des Rein- und Rohvermögens, wieder Schuldverpflichtungen abgedeckt. Bemerkenswerte neue Vermögensanlagen wurden nur von der Angestelltenversicherung vorgenommen. Insbesondere wurden neue Darlehen für Wohnungsneubauten, Hypotheken und auch Darlehen an die Länder gewährt. Die Invalidenversicherung hat bei der Liquidation ihrer Anlagen Wertpapierbestände verkauft und auch kommunale Kredite zurückgerufen

Adam Schwarzmann †.

Wieder hat einer von der alten Garde das Zeitliche gesegnet. Am 22. Januar verstarb nach kurzer schwerer Krankheit der langjährige Vorsitzende und Mitbegründer des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes, Kollege Adam Schwarzmann im Alter von 73 Jahren. Ueber 28 Jahre hat er an der Spitze seines Berufsverbandes gestanden. Als er 1928 auf der Verbandsgeneralversammlung infolge vorgerückten Alters von seinem Posten zurücktrat, erfolgte seine Ernennung zum Ehrenvorsitzenden.

Kollege Schwarzmann gehörte zu den Gründern der christlichen Gewerkschaften Er nahm 1899 als Delegierter einzelner örtlicher Sektionen der Schneider an dem Gründungskongreß der christlichen Gewerkschaften in Mainz teil. Beim zweiten Kongreß 1900 in Frankfurt fand, vornehmlich auf sein Betreiben, die Gründung des christlichen Berufsverbandes für das Schneidergewerbe statt. Schwarzmann wurde Vorsitzender desselben. Acht Generalversammlungen wählten ihn einmütig zum Verbandsführer, ein schönes Zeichen für das Vertrauen, das die Mitglieder ihm entgegenbrachten.

Der Verstorbene stammt aus kleinen Verhältnissen und sein ganzes Leben war ein Streben nach Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft. Sein Denken und Handeln war sozial und sollte sozial sein. Darum nahm er auch die Opfer, die das Eintreten für eine selbständige Arbeiterbewegung verlangte, als selbstverständlich hin. In den ersten Jahren seiner Tätigkeit mußte Schwarzmann das Los des von Arbeitgeberseite verfemten „Hetzers" spüren. Er wurde bei einer Aussperrung auf die schwarze Liste gesetzt und fand trotz aller Bemühungen keine Arbeitsstelle mehr bis ihn dann seine Bewegung hauptamtlich in ihren Dienst stellte. Seine damaligen Widersacher haben zwanzig Jahre später in ihrem eigenen Organ lobend die achtunggebietende Tätigkeit des Arbeiterführers Schwarzmann anerkannt. Schwarzmann ließ sich aber auch durch böse Erfahrungen nicht beirren. Weder Sorge um Brot und Familie, noch Unverstand der eigenen Standesgenossen, machten ihn in seinem Verhalten wankend. Er blieb in jeder Lage seiner Auffassung treu.

Schwarzmann war nie der Mann der großen Worte. Ihm lag zähes, unbeirrbares Eintreten für eine Sache mehr, als die feingeformte Rede. In seiner Art, die Dinge anzupacken, hat er wesentlich dazu beigetragen, die früher sprichwörtlich schlechten Verhältnisse im Bekleidungsgewerbe zu verbessern. Sein Streben galt schon frühzeitig der Schaffung moderner, auf breiter Basis aufgebauter Tarifverträge. So fand auch die von ihm geführte Berufsorganisation schon bald allseits die erforderliche Achtung.

Mit Schwarzmann ist ein Führer der ersten Generation dahingegangen. Wir, die Jüngeren, wollen sein Werk ausbauen und weitertragen im Sinne des Verstorbenen als Dienst an Arbeiterschaft und Volk.

Wahret Eure Rechte durch pünktliche Beitragszahlung. Nichterfüllung der satzungsgemäßen Verpflichtungen hat den Verlust der Ansprüche zur Folge.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Amberg. Am 21. Januar fand unsere Generalversammlung statt, an der 65 Kollegen und Kolleginnen teilnahmen, darunter auch die Kollegen von Sulzbach. Nachdem der Verstorbenen des letzten Jahres gedacht war, gab Kollege Hirmer den Kassenbericht. Die Ausgaben für die Hauptkasse betrugen 1925,38 Mk. und für die Lokalkasse 209,51 Mk. Die Mitgliederzahl ging von 103 auf 101 zurück. — Der Ehrenvorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Schönberger, leitete die Vorstandswahl, die schnell erledigt war, da der alte Vorstand durch Akklamation wiedergewählt wurde. Kollege Schönberger machte noch besonders auf die kommenden Betriebsratswahlen aufmerksam. Kollege Wittekind, Nürnberg, verstand es, in interessanter Weise den Anwesenden die augenblickliche Lage und die Notwendigkeit der Organisation darzulegen.

Boppard. Eine zufriedenstellende Entwicklung hat die Ortsgruppe Boppard im Laufe des Jahres 1932 genommen. Dieses kam in der Generalversammlung am 27. Januar zum Ausdruck. Die Berichte des Vorsitzenden, Kollegen Reiser und des Kassierers, Kollegen Lehnard zeigten, daß die Ortsgruppe trotz aller Angriffe ohne die geringste Erschütterung in der Krise durchhält. Kollege Liermann dankte allen Funktionären und leitete die Vorstandswahl. Welches Vertrauen die bisherige Ortsgruppenführung besaß, kam dadurch zum Ausdruck, daß der gesamte bisherige Vorstand restlos wiedergewählt wurde. Kartellsekretär Kollege Wiegert, Koblenz, sprach dann über: „Wende des Schicksals der deutschen Arbeiterschaft." Seine Ausführungen waren überaus lehrreich und eine lange Aussprache ließ die rege Anteilnahme aller Kollegen erkennen. Mit besten Wünschen für den weiteren Aufbau unserer Organisation konnte Kollege Reiser in vorgerückter Stunde die Versammlung schließen.

Dresden. Am 14. Januar fand für die Gemeindearbeiter im Verbandsheim eine Versammlung statt. Kollege Waraczewski sprach über das Thema: Unsere Gewerkschaftsbewegung an der Jahreswende. In enger Anlehnung an die immer zur Jahreswende erscheinenden Rück- und Ausblicke unserer Tageszeitung „Der Deutsche" rief Kollege Waraczewski in seinem Vortrage die wichtigsten Ereignisse auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der gewerkschaftlichen Tätigkeit des Jahres 1932 den Anwesenden ins Gedächtnis zurück. Er schloß mit der Aufforderung an alle Kollegen, sich für die kommenden wichtigen Aufgaben unserer Standesbewegung bereit zu halten und stets alle Kräfte zur Verfügung zu stellen. Die lebhafte Aussprache machte zum Schluß allen Versammelten klar, wie notwendig es ist, daß jeder christlich-nationale Gewerkschaftler eingehend orientiert ist über die Geschichte der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, sowie über die eigene Standesbewegung, und daß es unerläßlich für jedes Mitglied ist, mit seiner Gewerkschaft engste Verbindung zu halten. Nur so können die Handlungen unserer Führer, die im Jahre 1932 auch zu wichtigen politischen Entscheidungen eindeutig Stellung nehmen mußten, restlos verstanden werden.

Zum Vorsitzenden der Gemeindearbeitergruppe wurde der Kollege Sopart, zum Schriftführer der Kollege Fünfstück wiedergewählt.

Frankfurt a. M. Am 10. Januar verstarb unsere treue Kollegin Agnes Fölz. Zwei Jahrzehnte hat sie in schwerer gesundheitschädigender Arbeit in der Waschanstalt des Städtischen Krankenhauses, zuletzt am dem Dampftrockenofen, zugebracht. So wie sie unermüdlich, trotz geschwächter Gesundheit ihre tägliche Arbeit verrichtete, genau so treu und ausdauernd war sie als Vertrauensperson für unseren Verband tätig in ihrer Betriebsabteilung. Sie war unter den Vertrauensleuten der Ortsgruppe eine der ersten in der Abrechnung der Beiträge. Mancher Kollegin hat sie die Verbandsbeiträge ausgelegt — die ausgelegt blieben. In unerschrockener Vertretung unserer christlichen Gewerkschaftssache konnte sie manchem männlichen Kollegen als Vorbild dienen. Die niedrigste Arbeit hatte sie im Betrieb zu verrichten, um so höher müssen ihre echt christlichen Charaktereigenschaften, die sich nicht in Worten, sondern in Taten zeigten, gewertet werden. Möge ihr Wirken gerade in der Gegenwart Nachahmung finden.

Kray. Unsere Generalversammlung war ausnahmsweise gut besucht. Der Jahresbericht zeugte von einem recht regen gewerkschaftlichen Leben innerhalb der Zahlstelle Kray-Steele, desgleichen gab der Kassenbericht ein sehr gutes Bild. Kollege Baumheinrich wurde als Vorsitzender, Kollege Guska als Schriftführer und Kollege Behring als Kassierer gewählt. Kollege Höhn, Essen, zeigte in seinem Vortrag das scharfe Vorgehen der Regierung Papen gegen die Arbeiter und wie hier nur die Selbsthilfe durch die Gewerkschaften ein geeignetes Mittel sind, um dem abzuhelfen. Pflicht aller Mitglieder sei es daher, für eine Stärkung des Verbandes Sorge zu tragen. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch auf einen Jugendwerbeabend sowie eine Museumsbesichtigung und anschließende Unterhaltungsfeier aufmerksam.

Königsberg, Pr. Anläßlich der Generalversammlung unserer Ortsgruppe gab der Kollege Hamann einen Rückblick über das verflossene Jahr. Die Verhandlungen wegen den Arbeitern der Gemeinden nahmen viel Zeit in Anspruch. Für das neue Jahr stehen uns die Verhandlungen über den Reichsarbeitertarif bevor und vor allem auch die Betriebsratswahlen. Der Geschäftsbericht zeigte, daß die Rechtsschutztätigkeit erfolgreich war und die Bildungsarbeit intensiver betrieben wurde. An Unterstützungen wurden pro Fall im Durchschnitt fast 31 Mk. gezahlt. Trotz erhöhter Inanspruchnahme der Lokalkasse konnte noch ein geringer Ueberschuß erzielt werden. Ebenso gelang es, die Mitgliederzahl um 5 Prozent zu erhöhen. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Wagner, zum Kassierer Kollege Reimann und als Schriftführer Kollege Altersdorf gewählt.

Lünen. In der gut besuchten Generalversammlung am 28. Januar wurde der Jahresbericht gegeben. Trotz der Krise hat die Ortsgruppe keine Verluste aufzuweisen. Die Kollegenschaft steht einig und treu zusammen. Fahnenflüchtige gibt es bei uns nicht. Der Kassenbericht zeigte peinlichste Ordnung in der Kassenführung. Nachdem Entlastung erteilt war, wurden gewählt: J. Grötting, Vorsitzender; W. Meier, Kassierer und Joh. Eismann, Schriftführer.

Lindau i. B. Ein besonderes Ereignis war für unsere Ortsgruppe die Generalversammlung am 15. Januar 1933. Besteht doch die Ortsgruppe noch kein ganzes Jahr und schon ist eine stattliche Anzahl von Mitgliedern vorhanden. Kollege Müller gab den Geschäftsbericht. Zwei Kollegen hatten im März vorigen Jahres mit der Arbeit begonnen und bildeten den Grundstock für die heutige Ortsgruppe. Der Vorsitzende zeigte dann, wie nach und nach aus den Gemeinde-, Reichs- und Staatsbaubetrieben Mitglieder geworben wurden. Auch in der Generalversammlung selbst konnte wieder ein neues Mitglied aufgenommen werden. Der Vorsitzende dankte allen Kollegen für die Mitarbeit, besonders auch dem Kollegen Stadtrat Berchtenbreiter, der die Gründung der Ortsgruppe wesentlich unterstützte. Die abgehaltenen Versammlungen, von denen zwei mit einem Referat stattfanden, waren jeweils sehr gut besucht, desgleichen die Weihnachtsfeier. Mit seltener Einmütigkeit fand die Wiederwahl der gesamten Vorstandschaft, Vertrauensleute, Kassenprüfer und Kartelldelegierten statt. Ein Referat des Kollegen Sauermann (München) über die gegenwärtige Lage löste eine längere Aussprache aus, insbesondere über die Verhältnisse der Reichs- und Staatsbauarbeiter.

Memmingen. In der Generalversammlung am 14. Januar konnte der Vorsitzende den größten Teil der Mitglieder begrüßen. Im Geschäftsbericht wurde insbesondere auf die Schwierigkeiten bei der Arbeitszeitverkürzung und die damit verbundenen Verhandlungen über den Lohnausgleich hingewiesen. Die Mitteilung des Vorsitzenden, daß nach wiederholten Verhandlungen der Ausgleichsbetrag von 5 Pfg. pro Stunde weitergewährt werde, wurde mit lebhaftem Beifall und Dank entgegengenommen. — Der Mitgliederstand hat sich trotz der ungünstigen Lage gut gehalten. Nach Entlastung der alten Vorstandschaft wurde die Neuwahl vorgenommen, die die Wiederwahl zeitigte; nur als Schriftführer wurde der Kollege Mayrock jun. neu gewählt. Kartellvorsitzender Kast legte dar, daß die Kollegen unserer Ortsgruppe an der Kartellarbeit sehr rührigen Anteil nehmen. Kollege Sauermann (München) dankte für die geleistete Arbeit im Jahre 1932 und ersuchte um weitere Mitarbeit im Interesse der Kollegenschaft. Schließlich erstattete er ein Referat über die gegenwärtige Lage, an das sich eine lebhafte Aussprache anschloß, die sich insbesondere auf die staats- und sozialpolitische Lage bezog.

Mainz. Am 1. Februar ist unser langjähriges Vorstandsmitglied und treuer Vertrauensmann Philipp Länger 25 Jahre bei der Stadt Mainz beschäftigt. Immer, wenn es gilt zur Stelle, hat er sich stets als mannhafter Kollege bewiesen. Wir wünschen ihm daher zu seinem Dienstjubiläum recht herzlich Glück und danken ihm für seine dem Verbande erwiesenen Dienste.

München. In der am 20. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Lehner den Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1932. Er führte aus, wie das verflossene Jahr den wirtschaftlichen Tiefstand Deutschlands zeigte. Nicht einmal im Laufe des Sommers trat die alljährlich wiedergekehrte Wirtschaftsbelebung ein. Die finanzielle Belastung der Gemeinden stieg durch die Umänderungen in der Arbeitslosenversicherung auf das Höchste. Alle Versuche, die Wirtschaft anzukurbeln, schlugen fehl, denn sie gingen alle von falschen Voraussetzungen aus. Wir leben nicht in einer Produktions-, sondern in einer Absatzkrise und sollte daher viel eher alles getan werden, die Kaufkraft der Arbeiterschaft zu erhöhen, statt sie dauernd zu vermindern. Daher muß auch die Kontingentierungspolitik zum Schutze der Landwirtschaft fehlschlagen. Die Unsicherheit in der Gestaltung der deutschen Innenpolitik trug dazu bei, jedes Vertrauen zu zerstören. Vertrauen zu Deutschland und seiner Wirtschaft ist für uns aber so notwendig wie das tägliche Brot. Die finanzielle Ueberlastung der öffentlichen Hand hat aus manchem rentierlichen Gemeindebetrieb einen Zuschußbetrieb gemacht. Dieser Umstand und die Gewinnsucht der privaten Wirtschaft haben uns vielfach dazu gezwungen, für die Erhaltung der öffentlichen Betriebe zu kämpfen. Unser Kampf in dieser Hinsicht war von Erfolg begleitet.

In tariflicher Hinsicht konnten wir im Hinblick auf die schlechte Wirtschaftslage die Interessen unserer Mitglieder im großen und ganzen wahren; nicht zuletzt deswegen, weil die Reichs-, Staats-, und Gemeindearbeiter auch in schlechter Zeit ihre Organisation hochgehalten haben. Der Mitgliederstand der Ortsgruppe München betrug am 31. Dezember 1932 2024 gegenüber 2042 Mitglieder im Jahre 1931. Die Kassenverhältnisse sind als gut anzusprechen, wenngleich die Beitragssenkung im Laufe des Jahres 1932 eine Einnahmeminderung von ca. 12 000 RM brachte. Mit dem Dank an die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute verknüpfte Kollege Lehner die Bitte, auch im Jahre 1933 treu und unentwegt zusammenzustehen und mit Hoffnung und Gottvertrauen in die Zukunft zu blicken.

Die Vorstandswahl betraute folgende Kollegen mit der Führung der Ortsgruppe: Vorsitzender: Hans Hagn, Kassierer: Hans Lehner, Schriftführer: Benedikt Schuhmacher. Nach einer kurzen Besprechung der kommenden Betriebsratswahlen wurde die Generalversammlung geschlossen.

Münster i. Westf. Die am 22. Januar abgehaltene Generalversammlung wies einen äußerst zahlreichen Besuch auf. Der Vorsitzende Kollege Joussen ging in seinem Jahresbericht auf die innerpolitische und besonders die wirtschaftspolitische Lage Deutschlands ein; er behandelte die Geschehnisse im Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften und im besonderen die in unserem Verband im abgelaufenen Jahre. Mit der Mitgliederbewegung könne man sich mit Rücksicht auf die mancherlei Umstände zufriedenstellend erklären. Erfreulich sei daß mancher Arbeiter, nachdem er sich durch verlockende radikale Versprechungen von der Gewerkschaft habe entfremden lassen, wieder zu ihr zurückgekehrt sei. Die Aussprache über den Jahresbericht zeigte volle Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Berichterstatters. Besonders wurden noch die örtlichen Verhältnisse besprochen bezüglich der Wohlfahrtsarbeiter und Vergleiche angestellt bei der Durchführung der

Notverordnungen, wenn es sich um Arbeiterlöhne oder Direktorengehälter handelt. Der Kassenbericht, erstattet vom Kollegen Girard, wies eine Einnahme für die Hauptkasse von 15 529,40 Mk. auf. Die Ortskasse weist einen Bestand am Schlusse des 4 Vierteljahres von 830,75 Mk. nach. Für Unterstützungszwecke wurden rund 2500 Mk., für Fortbildung der Mitglieder etwa 1000 Mk. verausgabt. Festlichkeiten wurden mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nicht veranstaltet. Auf den mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nicht veranstaltet. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl sowie die sonstigen zu tätigenden Wahlen für Kartell, Wohlfahrtsausschuß usw. gingen glatt vonstatten, indem den Vorschlägen einstimmig entsprochen wurde. Mit aufmunternden Worten zu weiterer treuer Mitarbeit zum Ausbau unserer christlichen Gewerkschaften schloß der Vorsitzende die nach jeder Seite hin glänzend verlaufene Versammlung.

Neuwied. Im Leseverein fand am 27. Januar die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe statt. Kollege Sabel berichtete, daß im vergangenen Jahre zwölf Versammlungen, davon sechs auswärtige, drei Vorstandssitzungen, eine außergewöhnliche Versammlung mit Jubilarehrung des Kollegen Kröll, stattgefunden haben. Außerdem wurden zwei Veranstaltungen der Verwaltungsstelle besucht. Besonders erfreulich war die Bekanntgabe, daß im Laufe des Jahres 27 Kollegen neugewonnen wurden, um die sich die Mitgliederzahl vermehrte. Ein gleich günstiges Bild gab der Kassenbericht des Kollegen Konrad. Dessen Arbeit zeugte von besonderer Mühe, da ein großer Teil der Ortsgruppen-Vertrauensleute auswärts wohnt und der Verkehr mit denselben nicht so leicht ist. Diese wurden besonders um pünktliche Abrechnung mit dem Ortsgruppenkassierer am Quartalsschluß gebeten. Eine rege Diskussion setzte nach diesen beiden Punkten ein, an der sich die Kollegen Kröll, Zimmermann, Kölzer, Lindenberg und Hermann beteiligten. Die Vorstandswahl bestimmte: Karl Sabel zum 1. Vorsitzenden, Johann Conrad zum Kassierer und Leo Ißler zum Schriftführer.

Der Kollege Liermann sprach den Dank des Verbandes aus und wünschte der Ortsgruppe ein weiteres Aufblühen. Anschließend sprach derselbe über die augenblickliche Lage und fachte eine stundenlange Aussprache an, welche überaus anregend für alle Kollegen verlief. Der Kollege Sabel konnte diese, so hoffnungsvoll verlaufene Versammlung mit der Aufforderung treuen Zusammenhaltens schließen.

Riesa-Zeithain: Am 6. Januar hielt die Ortsgruppe Riesa-Zeithain ihre Generalversammlung ab. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden leitete Kollege Schütz die Versammlung und brachte den Jahresbericht des Vorsitzenden zur Verlesung. Im Jahre 1932 wurden 11 Mitgliederversammlungen abgehalten, von 50 bis 70 Prozent der Mitglieder besucht. In diesen Versammlungen wurde Stellung genommen zu allen wichtigen gewerkschaftlichen Fragen, besonders aber zu denen, die unsere Mitglieder als Heeresarbeiter in der Munitionsanstalt Zeithain direkt berührten. Die Ortsgruppe beteiligte sich stets an den Kartellversammlungen des Kartells Riesa, sowie an zwei Versammlungen des Ortsausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zur Landestagung der christlichen Gewerkschaften Sachsens, im Oktober in Dresden, wurden zwei Mitglieder entsandt. Eine Versammlung der Ortsgruppe Dresden mit unserem Zentralvorsitzenden Kollegen Dedenbach als Redner, wurde ebenfalls von zwei Kollegen besucht. Wie 1932 fand an Stelle der November-Monatsversammlung im Berichtsjahr wieder ein Familienabend statt.

Um die Betriebsratswahl des Jahres 1933 gut vorzubereiten, wurde im Dezember damit begonnen, jeweils am 3. Sonntag des Monats einen besonderen Schulungskursus zu veranstalten.

Aus dem Kassenbericht des Kassiereres ging hervor, daß insgesamt 1005 Beitragsmarken umgesetzt wurden. Der Lokalkassenbestand beträgt 53,52 Mk. An Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zahlte die Hauptkasse an die Mitglieder der Ortsgruppe insgesamt 135,95 Mk. Die Mitgliederzahl sank infolge Entlassungen von 38 auf 33, von denen 28 in Beschäftigung stehen und 5 noch arbeitslos sind.

Allen Mitarbeitern dankte Kollege Waraczewski für ihre Mitarbeit und sprach die Bitte aus, auch in Zukunft unermüdlich zusammenzuhalten und sich für unsere Bewegung einzusetzen.

Die Vorstandswahlen hatten das Ergebnis, daß die Kollegen Buchheister als Vorsitzender, Unverzagt als Schriftführer und Pink als Kassierere wiedergewählt wurden. Im Anschluß an die Wahlen gab Kollege Waraczewski einen Ueberblick über die kommende Sitzung des Hauptbetriebsrates am 17. und 18. Januar und über die Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Reichsregierung wegen Verlängerung, bzw. Aenderung des TAR. Die Versammlung bekundete einmütig die Auffassung, daß die vom Arbeitgeber geforderten Verschlechterungen des TAR. abzulehnen sind und alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um den Tarifvertrag zumindestens aufrechtzuerhalten.

Sonntag, 15 Januar, fand der zweite Schulungskursus statt für die Betriebsratswahl. An Hand der vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften herausgegebenen Wahlanleitung wurden eingehend die wichtigen Fragen der Errichtung von Betriebsvertretungen, der Einleitung und Durchführung der Wahl, der Feststellung und Bekanntmachung des Wahlergebnisses und der Konstituierung des neuen Betriebsrates durchgesprochen und geklärt.

Trier. Unsere Generalversammlung fand am 20. Januar statt. Der Kollege Zimmer wurde zum Vorsitzenden, der Kollege Schadeck zum Kassierer und der Kollege Neumann zum Schriftführer gewählt. Die fast restlose Wiederwahl aller bisherigen Vorstandsmitglieder zeugt von dem starken Vertrauen zu den bisherigen Kollegen. Der Kollege Liermann, Koblenz, ging in einem ausführlichen Referat auf die zukünftigen Aufgaben unserer Organisation für die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben ein. Die rege Aussprache bewies, daß die Kollegen gewillt sind, ihr Bestes zur Erreichung unserer Ziele herzugeben und die Organisation zu stärken.

Straubing. Die Generalversammlung am 21. Januar wäre eines besseren Besuches wert gewesen, brachte sie doch den Nachweis dafür, welch große Arbeiten die Vorstandschaft im Laufe des vergangenen Jahres zu leisten hatte. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Ortsgruppenverwaltung in vielen Fällen mit der Betriebsdirektion und der Stadtverwaltung verhandeln mußte, um den Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Das war nötig, um die Bezahlung von Ueberstunden zu erlangen, den Schichtarbeitern die 2-Stunden-Entlohnung vor hohen Festtagen zu sichern, die Arbeitszeit (45 Stunden) einzuteilen, den Pensionisten ihre Bezüge zu sichern usw. Der Vorsitzende konnte berichten, daß die Verhandlungen meistens zu einem vollen Erfolg geführt haben. Die Versammlungstätigkeit war eine rege, der Besuch dagegen manchmal sehr mangelhaft. Die Kollegen unserer Ortsgruppe dürften schon durch eine regere Anteilnahme am Versammlungsleben das Interesse an ihrer eigenen Sache beweisen, denn die Vorstandschaft arbeitet ja nicht für sich, sondern für die Gesamtheit. Besondere Erwähnung fand auch der Besuch des Zentralvorsitzenden Kollegen Dedenbach und seines Referates in der gut besuchten Versammlung im Herbste des vergangenen Jahres. — Nach Bekanntgabe des Kassen- und Revisionsberichtes wurde der alten Vorstandschaft die Entlastung erteilt, die gesamte Vorstandschaft wurde sodann einmütig wiedergewählt bis auf den Schriftführer, für welchen Posten der Kollege Wiedemann neu gewählt wurde. Kollege Sauermann, München, referierte über die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe an der Jahreswende. In der lebhaften Aussprache nahm auch der als Gast anwesende 2. Bürgermeister der Stadt Straubing, Herr Oberinspektor Dietl, das Wort. Er berichtete zunächst über die Lage der Stadt Straubing und brachte zum Ausdruck, daß die Stadtverwaltung die sozialen Aufgaben ihren Arbeitnehmern gegenüber auch weiterhin erfüllen werde. Er begrüßte auch, daß die Verhandlungen mit den Organisationen der Gemeindearbeiter immer zu einem für beide Teile tragbaren Ergebnis geführt werden konnten und gab in weiteren Ausführungen der Meinung Ausdruck, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit im Zusammenschluß die größte Hilfe für den einzelnen Gemeindearbeiter liege.

Viersen. Unsere Ortsgruppe hielt am 21. Januar ihre Jahres-Generalversammlung ab. Trotz aller Hetzereien gegen unsere Gewerkschaft hat sich die Gesamtlage unserer Ortsgruppe im Jahre 1932 noch ziemlich stabil gehalten. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte fanden acht Vorstands- und Funktionärsitzungen, sowie fünf Mitgliederversammlungen statt. Weiter beteiligte sich unsere Ortsgruppe durch Entsendung von Delegierten an einer Verwaltungsstellenkonferenz und an einer Vorsitzendenkonferenz der Verwaltungsstelle. Dann beteiligte sich die Ortsgruppe durch einen Delegierten an einer Bezirkskonferenz in Köln zwecks Stellungnahme zur Lohnbewegung. Hervorgehoben sei, daß sich unser Verband in dieser Lohnbewegung erfolgreich bemüht und dabei erzielt hat, daß das Bestreben, die Löhne auf den Stand der Löhne der Reichsarbeiter herabzudrücken, nur zum Teil zur Durchführung kam. Unser Mitgliederbestand beträgt 42, gegenüber 47 am Schlusse des Jahres 1931. Der Rückgang ist zurückzuführen auf die in den Betrieben seitens der Links- und Rechtsparteien betriebene Miesmacherei. Die vom Vorstande betriebene Hausagitation brachte uns zwei Uebertritte aus anderer Organisation, während die Wiedergewinnung verlorengegangener Mitglieder bisher noch erfolglos blieb.

Soweit eben möglich, wurde seitens des Verbandes für die Kollegenschaft alles getan. Seitens des Vorsitzenden wurde der Wunsch ausgesprochen, im neuen Jahre möge jedes Mitglied sich als Pionier der Gewerkschaft betätigen, dann dürften wir die Hoffnung hegen, daß unser Verband im Jahre 1933 weiteren Aufstieg verzeichnen wird.

GEDENKTAFEL

Gestorben sind die Kollegen:

Wilh. Seiler, Karlsruhe	**11. 1. 1933**
Aug. Richter, Rheine	**12. 1. 1933**
Alb. Slomka, Gleiwitz	**13. 1. 1933**
Paul Schönfelder, Beuthen	**14. 1. 1933**
Joh. Schreyer, Kronach	**15. 1. 1933**
Joh. Bapt. Haas, Offenbach	**21. 1. 1933**
Gottf. Becker, Bonn	**22. 1. 1933**
Gottf. Penn, Köln	**23. 1. 1933**
L. Gallus, Saargau	**25. 1. 1933**
Franz Donner, Essen	**26. 1. 1933**
H. Jos. Strunz, Paderborn	**28. 1. 1933**
Peter Hilger, Köln	**28. 1. 1933**
Bernh. Blanke, Köln	**31. 1. 1933**

die Kollegin:

B. Reinhardt, Karlsruhe	**16. 12. 1932**

EHRE IHREM ANDENKEN!

Redaktion u. Verlag: Heinr. Eickmann, Köln, Jülicher Str. 27. Rotationsdruck: Kölner Görresshaus A. G., Großdruckerei, Köln, Neumarkt 18a—24.